

**Strukturreformen der Schule sind unabdingbar:
Gegen Diskriminierung und Desintegration von Migranten und
Einheimischen**

Joachim Lohmann

26.05.2016

Inhalt

Einleitung.....	2
Im Ländervergleich diskriminieren und desintegrieren deutsche Schulen erheblich.....	4
Zuwanderer sind am deutschen Arbeitsmarkt benachteiligt.....	4
Für die vergleichsweise starke Diskriminierung ist nicht die Wirtschaft verantwortlich.....	5
Schuld ist das deutsche Bildungswesen, das Zuwanderer wenig qualifiziert	7
Nicht die Zuwanderer senken den Leistungsstand – im Gegenteil	10
Das deutsche Schulwesen integriert die Zuwanderer vergleichsweise schwach.....	12
Vor allem die Sekundarstufen I + II diskriminieren	14
Der Ausbau des Elementarbereichs bringt wenig.....	14
Der Leistungsstand der Migranten im Primarbereich ist erfreulich, problematisch ist das Sitzenbleiben	14
Die Sekundarstufe I ist es, die Zuwanderer diskriminiert	15
Die duale Berufsausbildung demütigt Migranten	16
Die Strukturen des Bildungssystems verletzen die Chancengleichheit.....	17
Die Chancengleichheit wird durch Sitzenbleiben und Gettoisierung belastet.....	18
Das Sitzenbleiben schmälert die Chance auf qualifizierte Abschlüsse.....	19
Noch stärker diskriminiert die schulische Gettoisierung der Zuwanderer	20
Die hierarchische Struktur des deutschen Schulwesens trägt die Verantwortung.....	21
Das betriebliche Ausbildungs-Monopol trifft Zuwanderer besonders hart.....	24
Die Schulstruktur beeinträchtigt die Integration sowohl der Zuwanderer als auch der Einheimischen	25
Strukturreformen sind unabdingbar	29
Die Notwendigkeit der Strukturreformen	29
Die nächsten Schritte	31
Primarstufe.....	31
Sekundarstufe I.....	31
Sekundarstufe II.....	32
Schluss	33
Literaturverzeichnis.....	33

Einleitung

Die gesellschaftliche Integration ist die größte innenpolitische Herausforderung. Es handelt sich um die doppelte Aufgabe, sowohl die Migranten als auch die Einheimischen in eine sich wandelnde

Gesellschaft einzubinden. Ohne eine effektive Integration ist Deutschland von Hass, Gewalt und selbst Terrorismus bedroht – und das von zwei Seiten:

- von Migranten, die aussteigen, weil sie sich beruflich oder sozial diskriminiert fühlen. Zunehmende Konflikte um unsere liberale und demokratische Gesellschaftsordnung sind eine Gefahr - wie in anderen Staaten. Ohne überzeugende Gegenmaßnahmen wird die Zahl der wenigen, aber höchst gefährlichen Personen zunehmen, die sich von der westlichen Kultur, Staats- und Gesellschaftsordnung abwenden und ihr Heil in Vorbildern wie in Al-Qaida oder im islamischen Staat suchen.
- von den Einheimischen, die sich vor der Globalisierung und vor der Zuwanderung ängstigen und zu Hass, ja zu Gewalt aufrufen und im Extremfall - wie bei der NSU - zu Terror bereit sind.

Nicht die innere Sicherheit – also Polizei, Nachrichtendienste und Staatsanwaltschaften - ist am stärksten gefordert. Um unsere freie und demokratische Gesellschaft zu erhalten, reichen nicht Abschreckung und Ermittlungen, vielmehr ist vor allem Integration gefragt, und sie ist eine langfristige Erziehungsaufgabe. Sie bleibt bestehen, selbst wenn der Flüchtlingsstrom versiegen sollte. Die erzieherische Hauptaufgabe ist, Ängste und Vorbehalte abzubauen, Verständnis untereinander zu entwickeln, neue Sympathien für Hass und Gewalt zu verringern und bestehende Sympathisantenszenen auszutrocknen. Dies ist vor allem die Aufgabe des Bildungswesens. Vornehmlich die Jugend ist gefährdet, so dass im Vordergrund ein gerechtes und für Zuwanderer wie Einheimische integratives Schul- und Ausbildungswesen stehen muss.

Am meisten kann das Bildungswesen aus internationalen Gegenüberstellungen lernen. Die folgenden Ausführungen vergleichen vor allem die Integrationsleistungen der OECD-Staaten und gehen auf Studien der OECD zurück. Diese hat die Daten von PISA und anderen Erhebungen für vergleichende Analysen der schulischen Situation der Migranten genutzt. Sie benutzte Daten zu den Einstellungen der handelnden Personen, dem Schulklima und den schulischen Strukturen. Die Folgen, welche die OECD aus ihren Analysen zieht, sind vornehmlich strukturell.

Die von der OECD genutzten Daten beziehen sich zumeist auf 15-Jährige mit Migrationshintergrund¹ der 1. und 2. Generation im Jahre 2012. Durch die Flüchtlingsbewegung, welche inzwischen auch stark OECD-Staaten wie auch Deutschland erreicht, verändert sich die Zusammensetzung von Migranten in der OECD wie auch in Deutschland. So war in Deutschland noch vor zwei Jahren der Anteil von Flüchtlingen unter den Einwanderern sehr niedrig, im Jahr 2015 war die Hälfte der Einwanderer Flüchtlinge. Entsprechend hat sich die ethnische Zusammensetzung der Zuwanderer deutlich verschoben: ein Großteil von ihnen kommt inzwischen aus den arabischen bzw. islamischen Ländern.

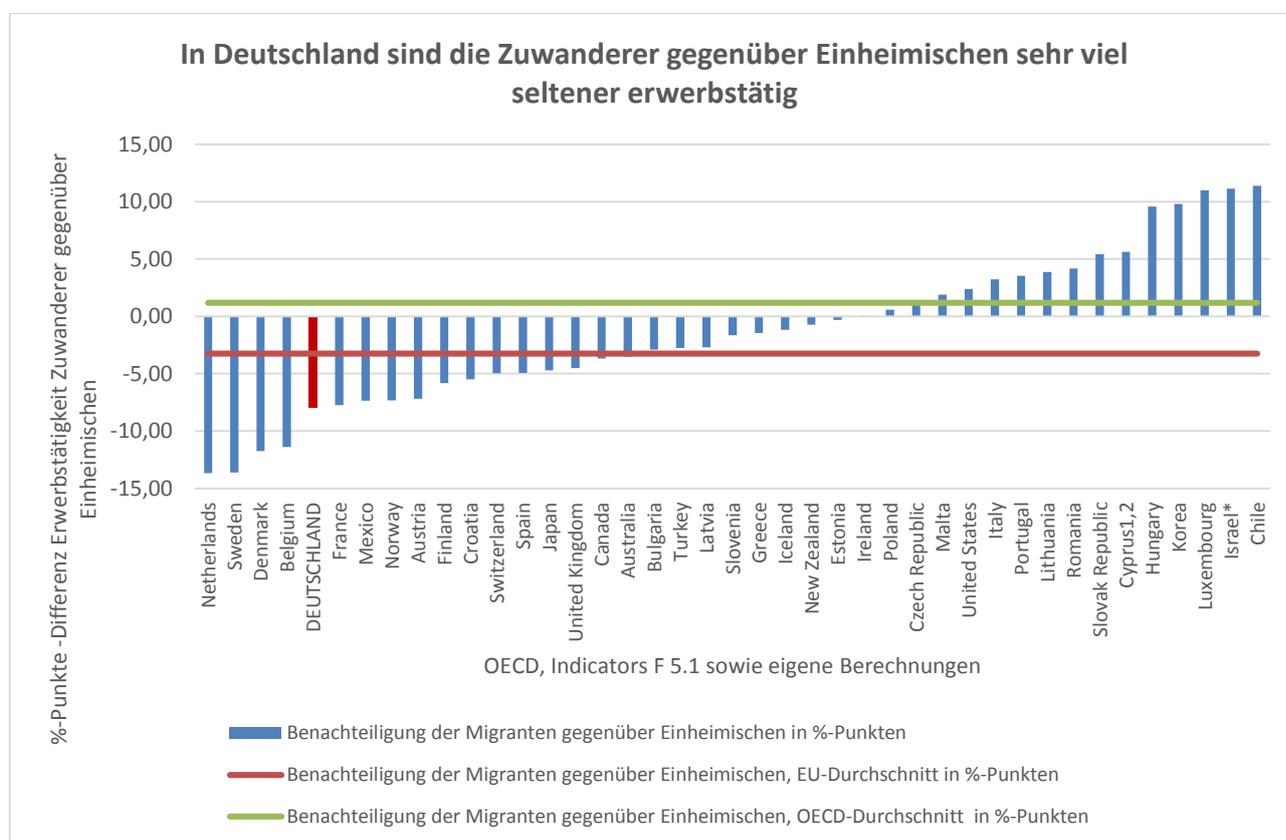
Kritisch ist, dass wir über den sozialen und Bildungsstatus der Flüchtlinge wenig wissen. Ziemlich sicher scheint zu sein, dass die Flüchtlinge das deutsche Bildungswesen stärker herausfordern als die Zuwanderer früher. Das liegt einerseits daran, dass das Bildungswesen in den Herkunftsländern der Flüchtlinge eher schwächer entwickelt ist und dass sich andererseits diese Länder zum großen Teil im Krieg bzw. Bürgerkrieg befinden, was ihr Bildungswesen zumeist stark beeinträchtigt.

¹ Im Folgenden werden für Personen mit Migrationshintergrund synonym auch die Ausdrücke Migrant oder Zuwanderer verwendet.

Im Ländervergleich diskriminieren und desintegrieren deutsche Schulen erheblich

Zuwanderer sind am deutschen Arbeitsmarkt benachteiligt

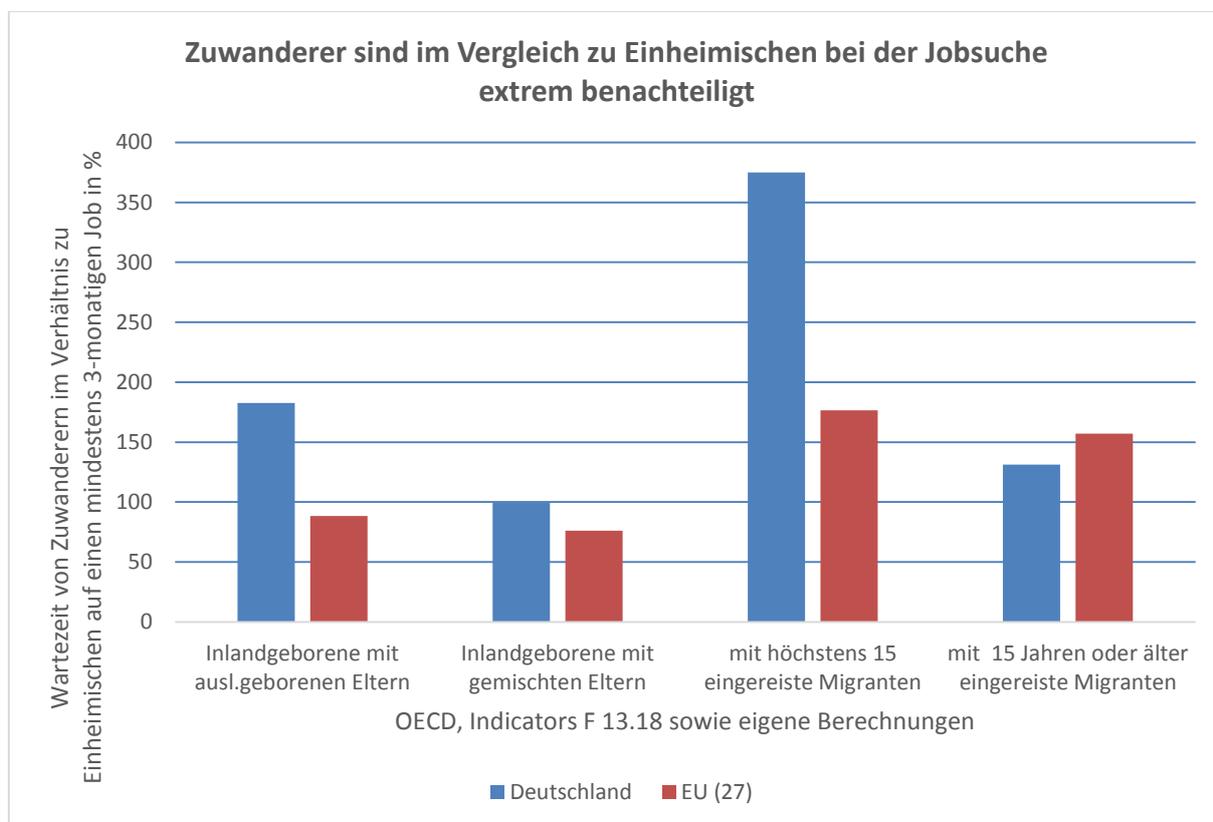
Günstiger können die äußeren Umstände für die Integration von Migranten in den Arbeitsmarkt kaum sein: Deutschland hat die geringste Arbeitslosigkeit seit Jahrzehnten und eine der niedrigsten in der westlichen Welt. Die Erwerbslosenquote lag 2014 durchschnittlich um die Hälfte niedriger als in der EU und um ein Drittel unter der OECD (OECD, Bildung, T A5.2a). Doch die Differenz bei der Erwerbstätigkeit der Migranten gegenüber den Einheimischen ist in Deutschland drastisch. Deutschland schöpft das Erwerbspotential der Zuwanderer nicht aus. Im Vergleich zu Einheimischen sind sie 2 ½ mal so häufig erwerbslos wie im EU-Durchschnitt. Nur in 4 von gut 40 Ländern sind Migranten stärker als in Deutschland benachteiligt.



Das liegt nicht an einer erheblich höheren Migrantenquote Deutschlands. Zwar hatte Deutschland schon vor dem Flüchtlingszustrom einen über dem Durchschnitt der OECD und der EU liegenden Anteil von Zuwanderern, aber diese Quote ist nicht extrem, sie wird vielmehr von mehreren anderen Staaten deutlich übertroffen (OECD, Indicators, F 2.1).

Auch der Übergang von Migranten aus der Schule in die Beschäftigung verläuft mehr als unerfreulich. Ein OECD-Vergleich unter 28 Staaten zeigt, wie schwer es für Migranten ist, in Deutschland nach der Schule eine Arbeit zu finden. Im Inland Geborene mit ausländischen Eltern brauchen fast doppelt so lang wie Einheimische, nur in 4 Staaten ist ihre Situation schwieriger. Ein Migrant, der als Kind nach Deutschland kommt, braucht beinahe das Vierfache an Zeit, um unterzukommen – in keinem Land ist

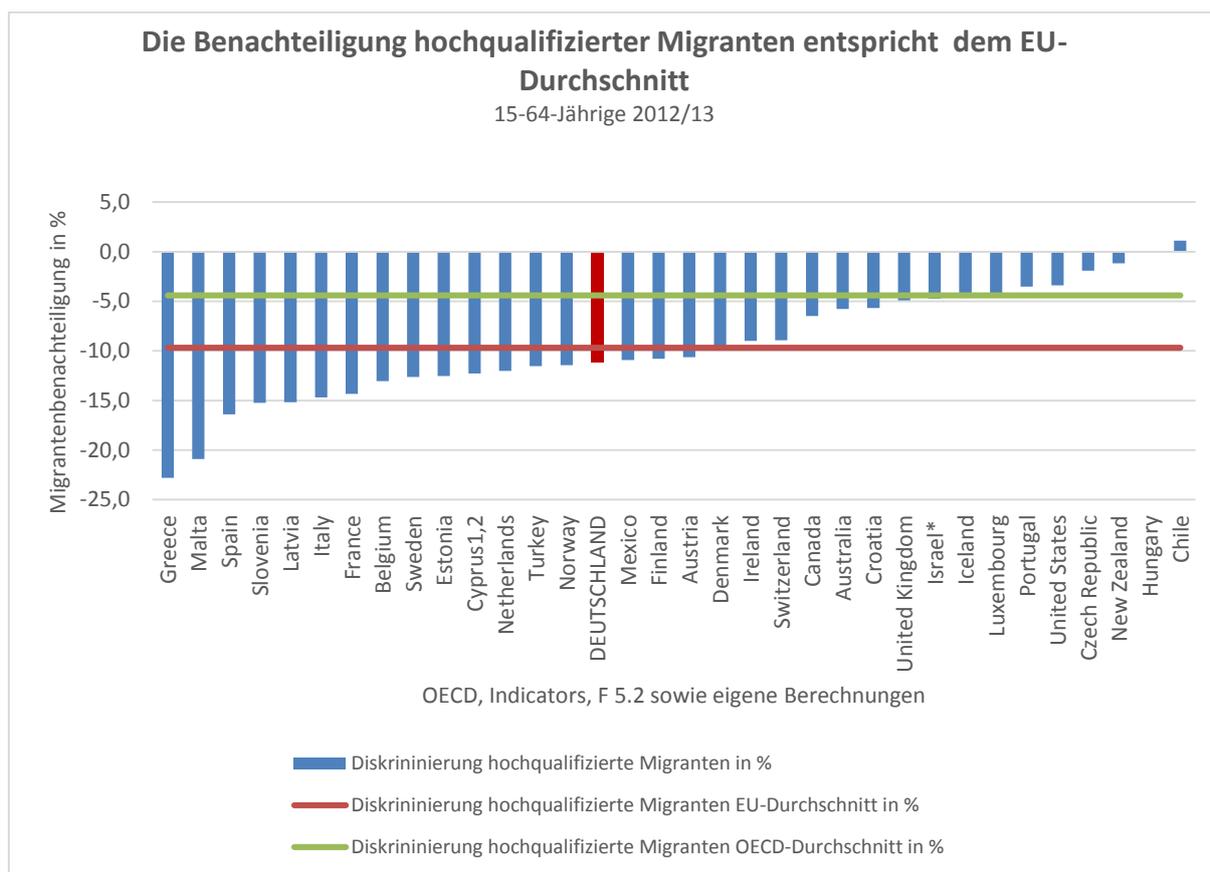
es für ihn schwieriger als in Deutschland. Nur bei einer ethnisch gemischten Ehe verschwindet die Benachteiligung.



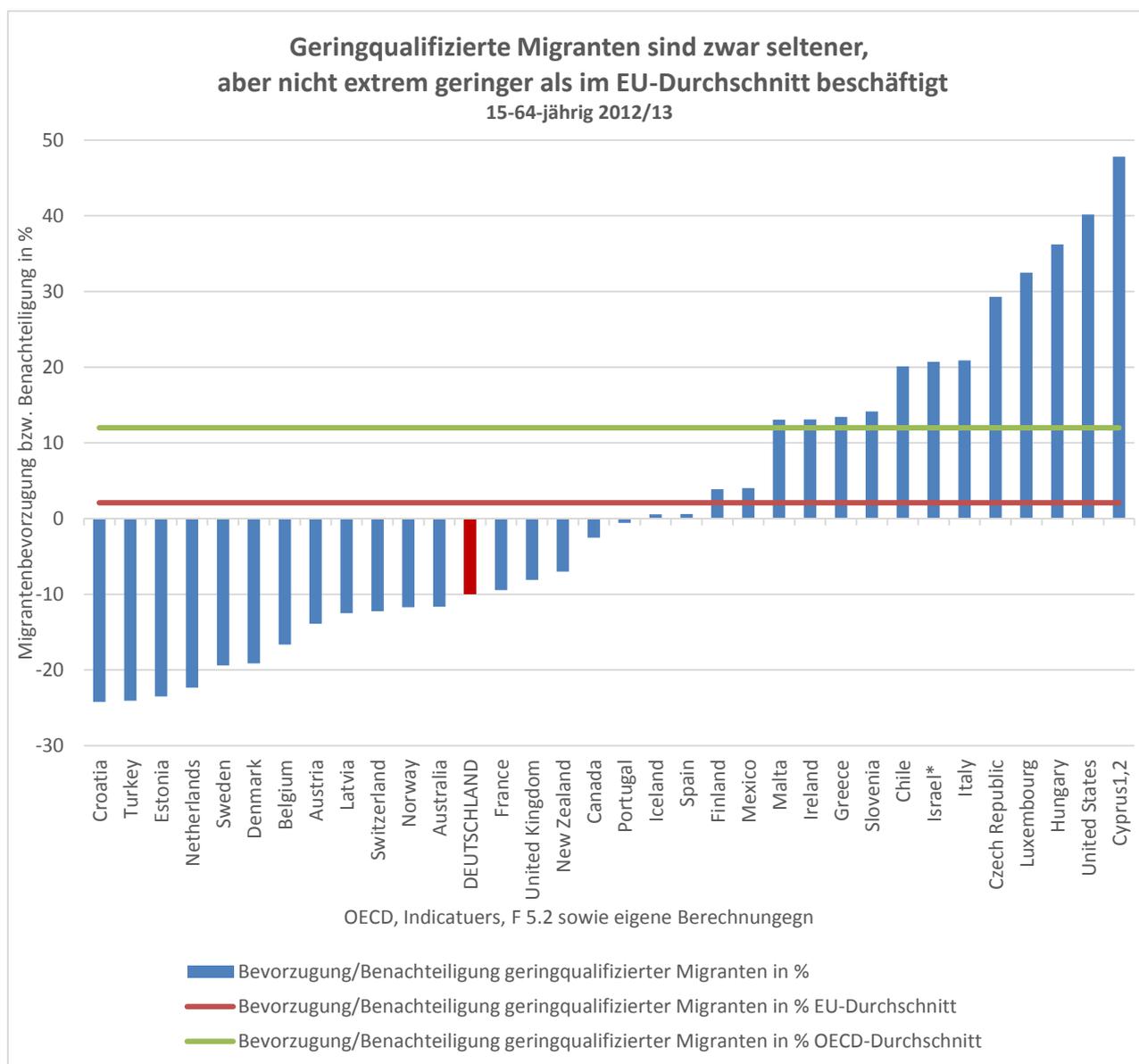
Diese starke Zurücksetzung scheint sich auf die Einstellung der Zuwanderer bisher kaum auszuwirken. Sie kann sich aber zu einem gefährlichen Sprengsatz entwickeln, falls der gegenwärtig hohe Beschäftigungsstand sinken sollte.

Für die vergleichsweise starke Diskriminierung ist nicht die Wirtschaft verantwortlich

Die im Vergleich hohe Diskriminierung der Migranten in Deutschland lässt sich nicht auf deutlich stärkere Vorurteilen der deutschen Wirtschaft zurückführen. Es gibt zwar eine Benachteiligung hochqualifizierter Zuwanderer, doch die liegt nur geringfügig über dem EU-Durchschnitt.



Auch die Benachteiligung geringqualifizierter Migranten in Deutschland hält sich in Grenzen. Um 10 % seltener sind sie erwerbstätig, was über dem EU-Durchschnitt liegt, aber in mehr als einem Drittel der OECD-Länder ist die Diskriminierung stärker. Das Einstellungsverhalten der deutschen Wirtschaft erklärt die im internationalen Vergleich erhebliche Unterbeschäftigung der Zuwanderer nicht.



Schuld ist das deutsche Bildungswesen, das Zuwanderer wenig qualifiziert

Die im Ländervergleich sehr krasse Benachteiligung der Zuwanderer ist – wie gesagt - nicht der deutschen Wirtschaft anzulasten. Schuld ist vielmehr das deutsche Bildungs- und Ausbildungswesen, das die Zuwanderer auffallend wenig qualifiziert. Bei den 25-34-jährigen Migranten - für die 15-64-Jährigen liegt kein Qualifikationsvergleich vor² - besteht in Deutschland ein ganz erhebliches Ausbildungsdefizit.

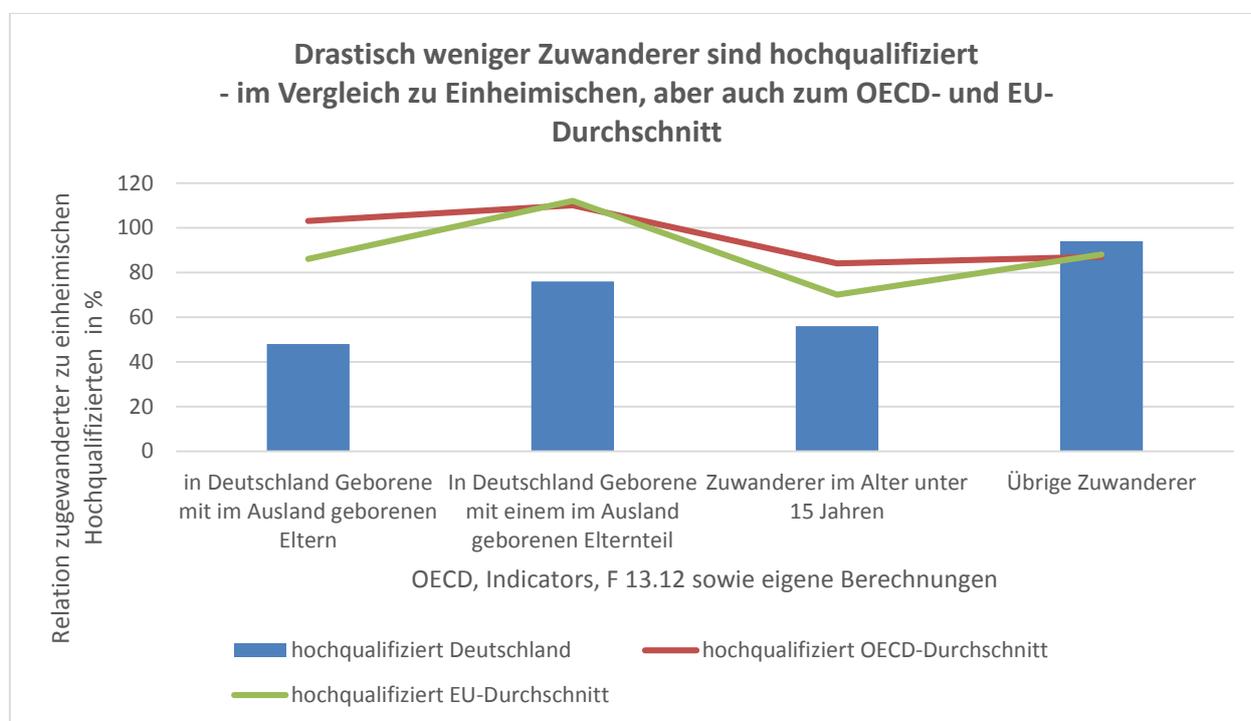
Besonders schlecht steht es für die 25-34-jährigen Zuwanderer der 2. Generation, also für diejenigen, die in Deutschland geboren sind, deren Eltern aber aus dem Ausland stammen. Sie sind nicht einmal halb so häufig hochqualifiziert wie die Einheimischen, ganz im Gegensatz zum Ausland. Selbst wenn man Deutschland nur mit der EU vergleicht, wo die Einwanderungspolitik relativ ähnlich – von Osteuropa abgesehen - war, ist das Ergebnis deprimierend: Relativ zu den Einheimischen liegt der

² Da das deutsche Bildungswesen in den letzten Jahrzehnten im OECD-Vergleich aufgeholt hat, dürften die Qualifikationsdaten für die 15-64-Jährigen höchstwahrscheinlich schlechter als für die 25-34-Jährigen ausfallen.

Anteil hochqualifizierter Zuwanderer in der EU fast doppelt so hoch, wo kaum ein Unterschied zu den Einheimischen besteht.

Selbst Zuwanderer mit nur einem im Ausland geborenen Elternteil - was in Deutschland sehr selten vorkommt -, sind um $\frac{1}{4}$ seltener hochqualifiziert als in der EU und der OECD. Dort haben sogar mehr Jugendlichen aus binationalen Ehen mit einem Einheimischen einen tertiären Abschluss als die Einheimischen.

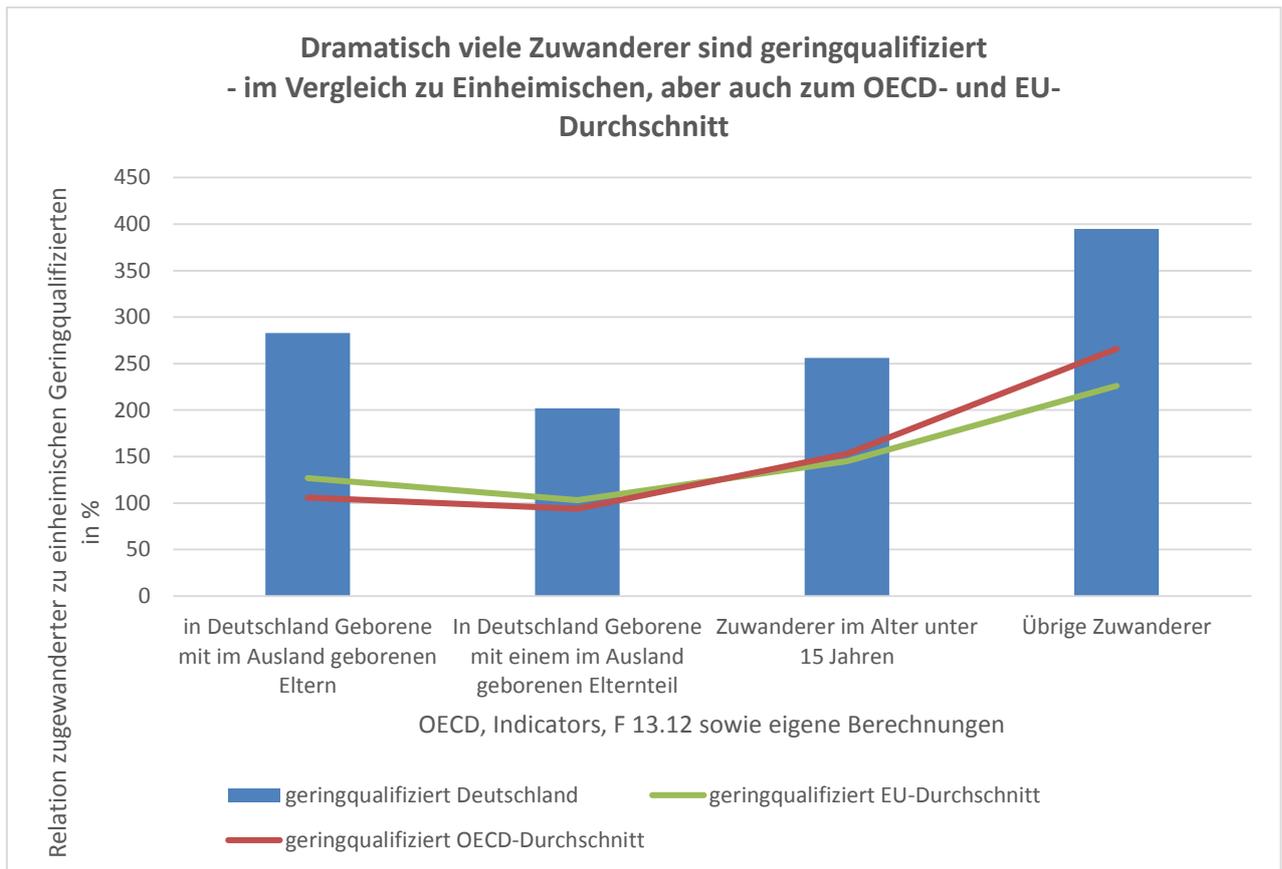
Auch wer als Kind oder Jugendlicher zuwandert, hat es in Deutschland extrem schwer. Sie sind um fast die Hälfte seltener hochqualifiziert als Einheimische. Die meisten anderen EU-Länder schaffen es besser, ihr Durchschnitt liegt um ein Drittel günstiger. Nur die sonstigen, nicht aufgeschlüsselten Zuwanderer nach Deutschland sind im Verhältnis zu den Einheimischen weder gegenüber der OECD noch gegenüber der EU benachteiligt.



Noch schlimmer als der geringe Anteil hochqualifizierter ist der hohe Anteil der geringqualifizierten Migranten: Die 25- bis 34-jährigen Zuwanderer der 2. Generation haben fast dreimal so häufig wie Einheimische keine abgeschlossene Berufsausbildung bzw. keine Hochschulreife, sondern höchstens den Abschluss der Sekundarstufe I. Das ist mehr als doppelt so viel wie in der EU und fast dreimal so viel wie in der OECD.

Selbst Zuwanderer aus binationalen Ehen mit einem Einheimischen sind in Deutschland doppelt so häufig geringqualifiziert wie Einheimische, doppelt so häufig wie Zuwanderer im Durchschnitt der OECD und der EU.

Wenn sie als Kind oder Jugendlicher unter 15 Jahren einwandern, müssen sie $2\frac{1}{2}$ -mal so häufig wie Einheimische ohne einen Abschluss der Sekundarstufe II auskommen. Wiederum schaffen die OECD und erst recht die EU, die ethnische Benachteiligung um fast die Hälfte gegenüber Deutschland niedriger zu halten.



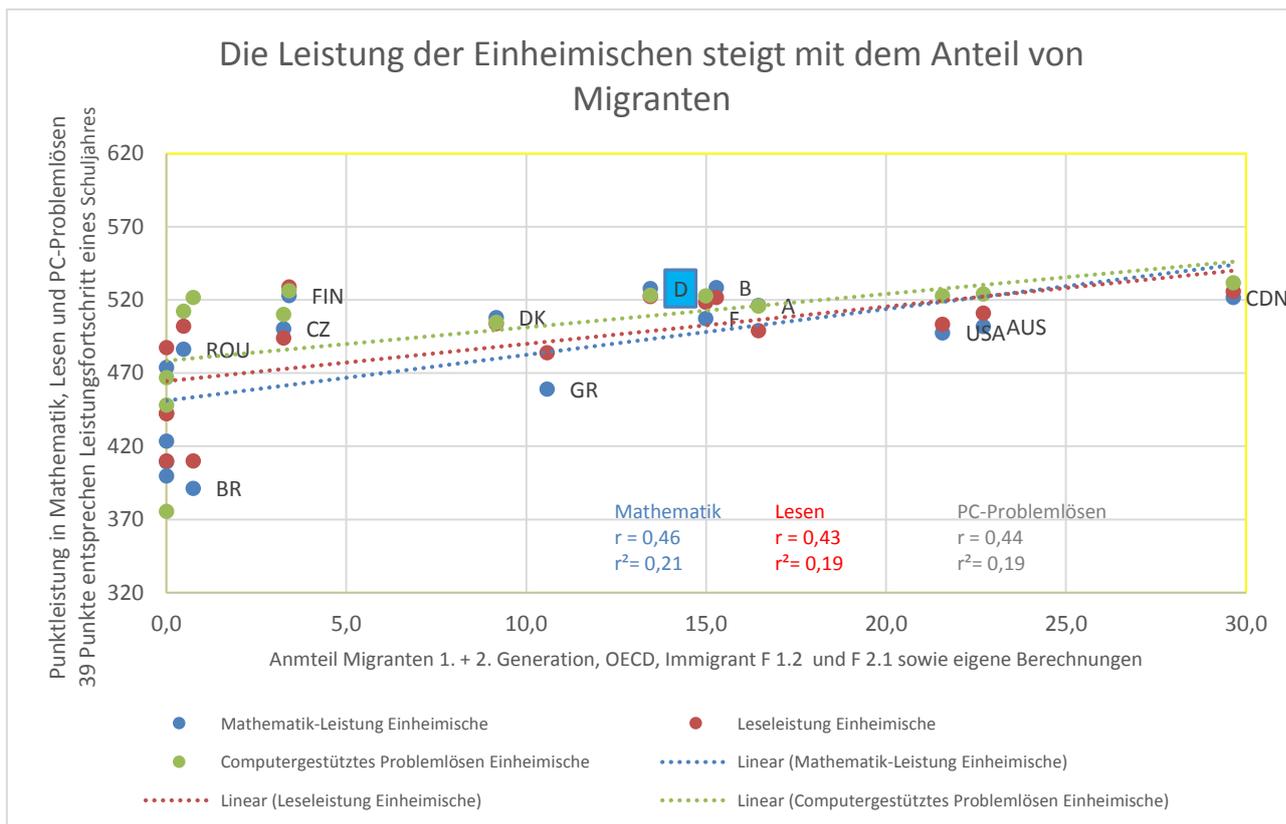
Fast nirgends ist die Diskriminierung der Zuwanderer der 1. wie auch der 2. Generation so hart wie in Deutschland, sowohl beim Verhältnis der Hoch- wie der Geringqualifizierten. Deutschland nimmt immer einen der letzten drei Ränge ein. Nur die Schweiz schneidet unter den 18 Staaten noch schlechter als Deutschland ab, bei der Relation der Hochqualifizierten hält Deutschland den Negativrekord.

Die Diskriminierung der Migranten im deutschen Bildungswesen					
		in Deutschland Geborene mit im Ausland geborenen Eltern	In Deutschland Geborene mit einem im Ausland geborenen Elternteil	Zuwanderer im Alter unter 15 Jahren	Übrige Zuwanderer
geringqualifiziert	in % zu Einheimischen	283	202	256	395
	Rang unter 18 Ländern	16	17	16	14
hochqualifiziert	in % zu Einheimischen	48	76	56	94
	Rang unter 18 Ländern	17	18	16	13

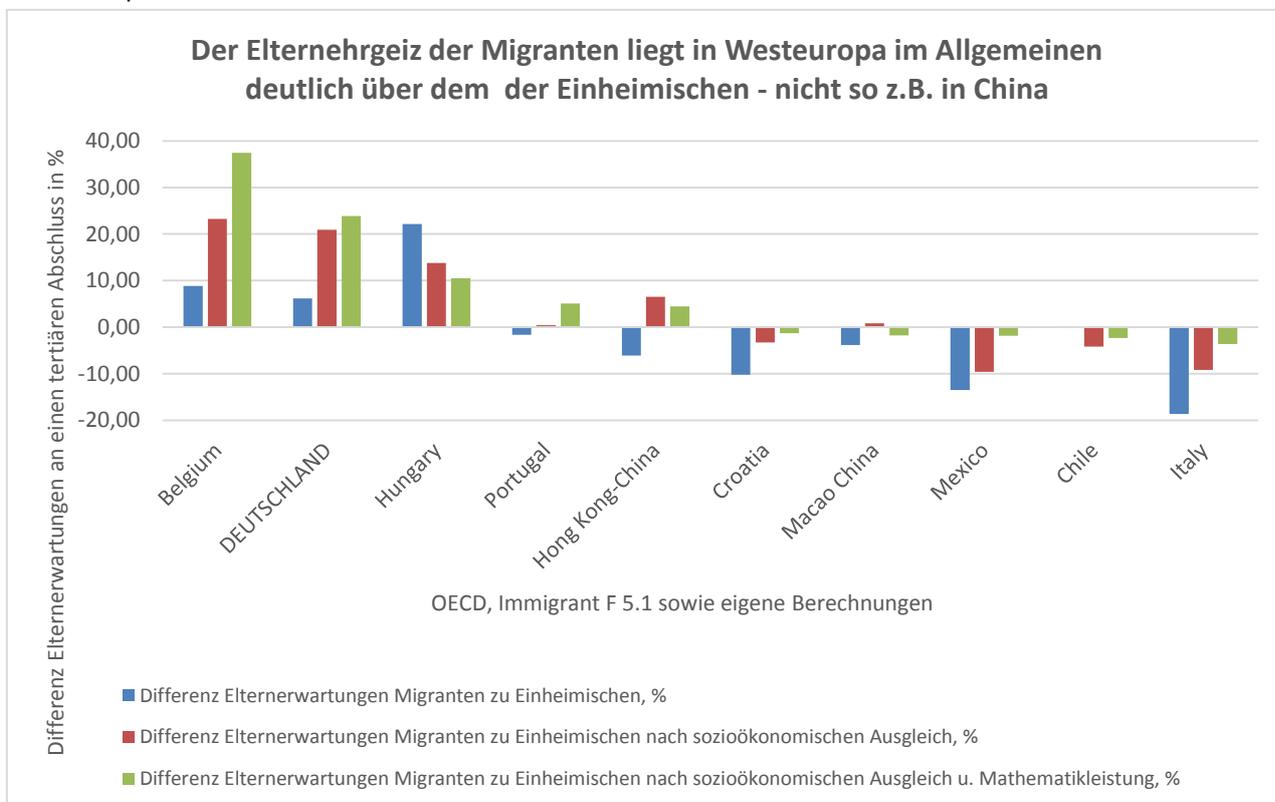
Nicht die Zuwanderer senken den Leistungsstand – im Gegenteil

Eine Reihe von Eltern befürchten, dass Migranten als Mitschüler die Leistungen ihrer Kinder senken würden. Die Untersuchung besonders von Fincke weist nach, dass gerade Mittelschichteltern mit vielen Mitteln versuchen, Grundschulen mit höherem Migrantenanteil für ihre Kinder zu umgehen (Fincke, S. 13; Lohmann 2013; Groos, S. 6f).

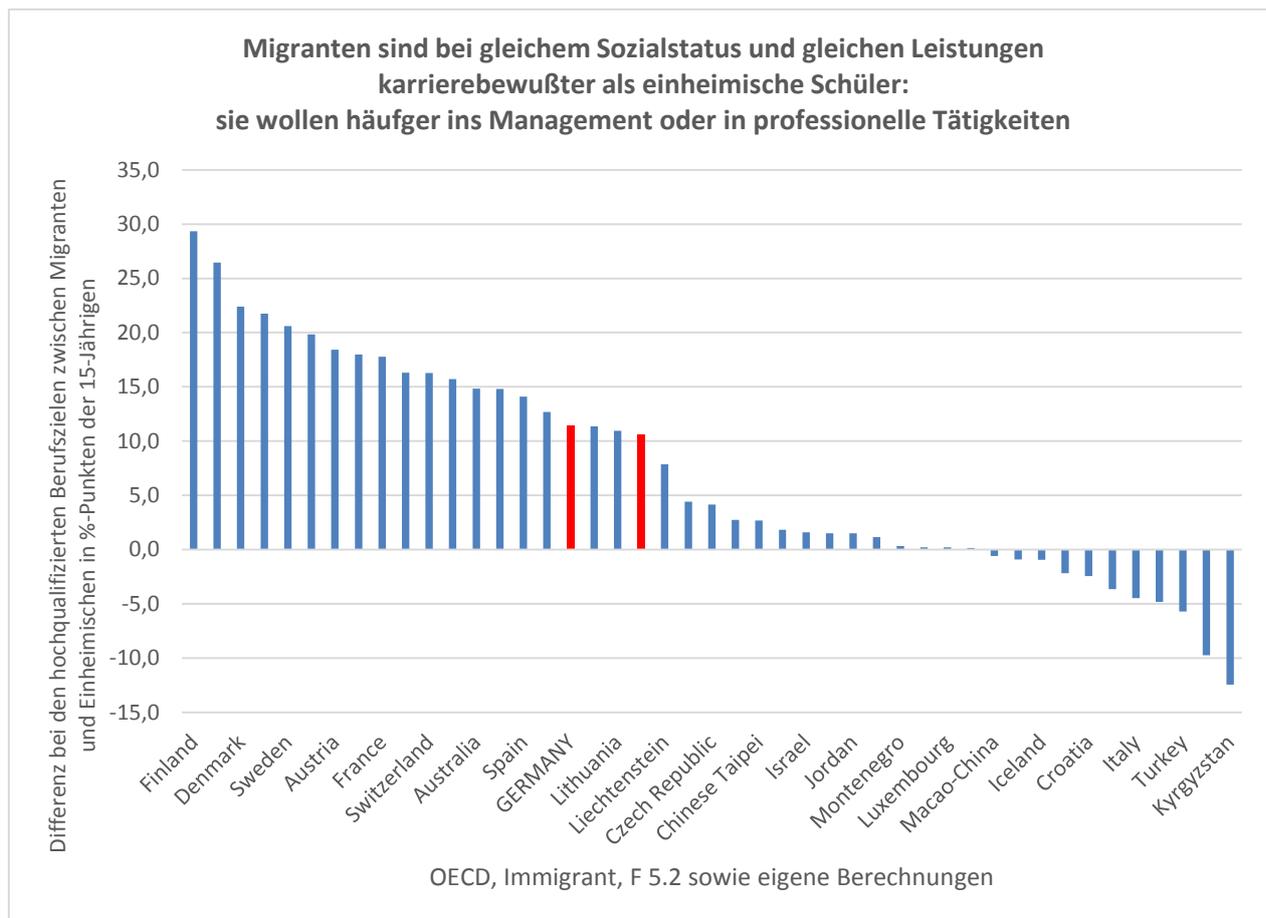
Dass Zuwanderer die Leistung aller negativ beeinflussen, erscheint einleuchtend, denn als 15-Jährige hinken die Migranten in fast allen Ländern den Einheimischen leistungsmäßig hinterher. Doch diese Befürchtung erweist sich trotzdem als falsch. Es erscheint paradox, ist es aber nicht. Zwar liegen die Migranten im OECD-Durchschnitt in Mathematik, Lesen und Problemlösen in der 1. Generation um gut ein Jahr, in der 2. Generation um knapp ein Jahr zurück. Dennoch senken sie weder den durchschnittlichen Leistungsstand eines Landes noch den der Einheimischen. Sie steigern ihn vielmehr beachtlich. Der Leistungsanstieg gilt für alle, für die Migranten der 1., für Migranten der 2. Generation sowie für die Einheimischen. Die Korrelation ist sowohl für jede Gruppe wie für jedes Fach sehr hoch.



Grund ist der Ehrgeiz der Zuwanderer – sowohl der Eltern als auch der Jugendlichen. Er liegt in Westeuropa erheblich über dem der Einheimischen.



Auch das Berufsziel der jugendlichen Migranten liegt im Schnitt über dem der Einheimischen. Der Ehrgeiz und damit die Motivation der Schülerinnen und Schüler erweist sich als wichtiger als ihr Leistungsstand; er hebt das Lernklima einer Klasse wie einer Schule.

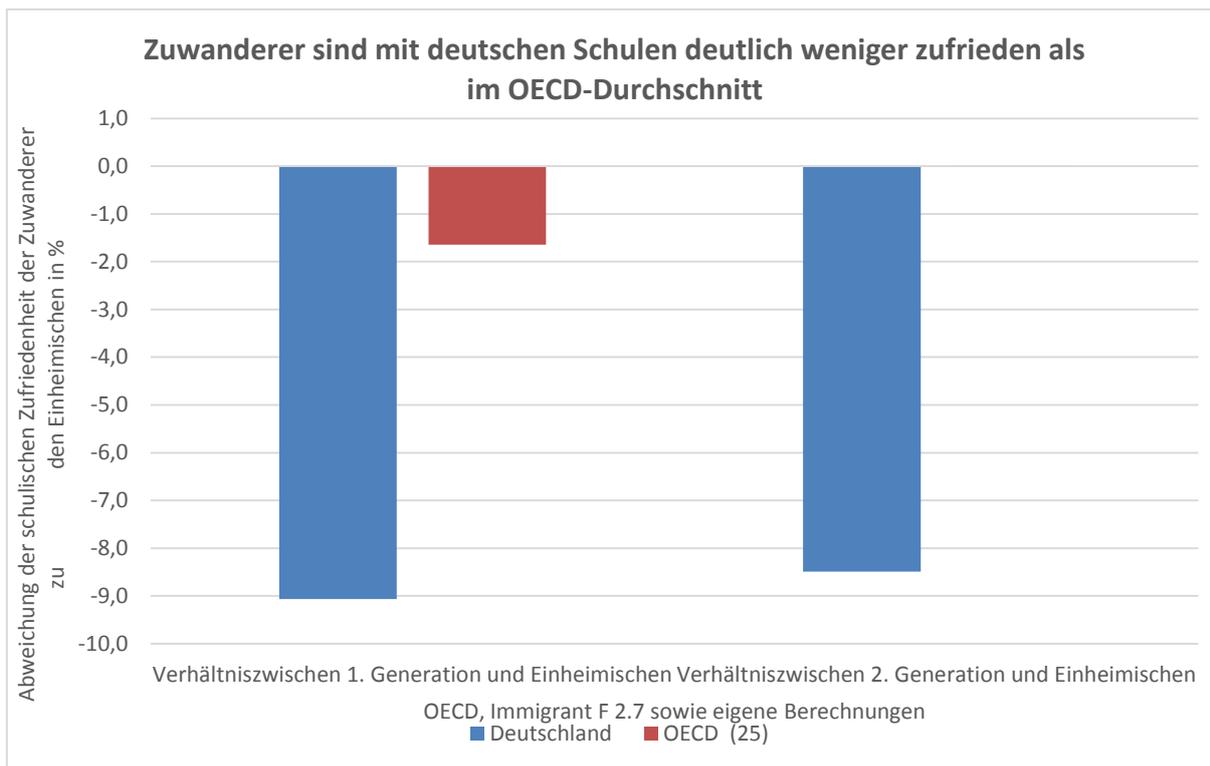


Der stärkere Ehrgeiz der Migranten erklärt auch, weshalb nicht viel Schulleiter im OECD-Durchschnitt in den Migranten eine Lernbeeinträchtigungen für ihre Schule sehen. Im Schnitt sind es knapp 4 %.

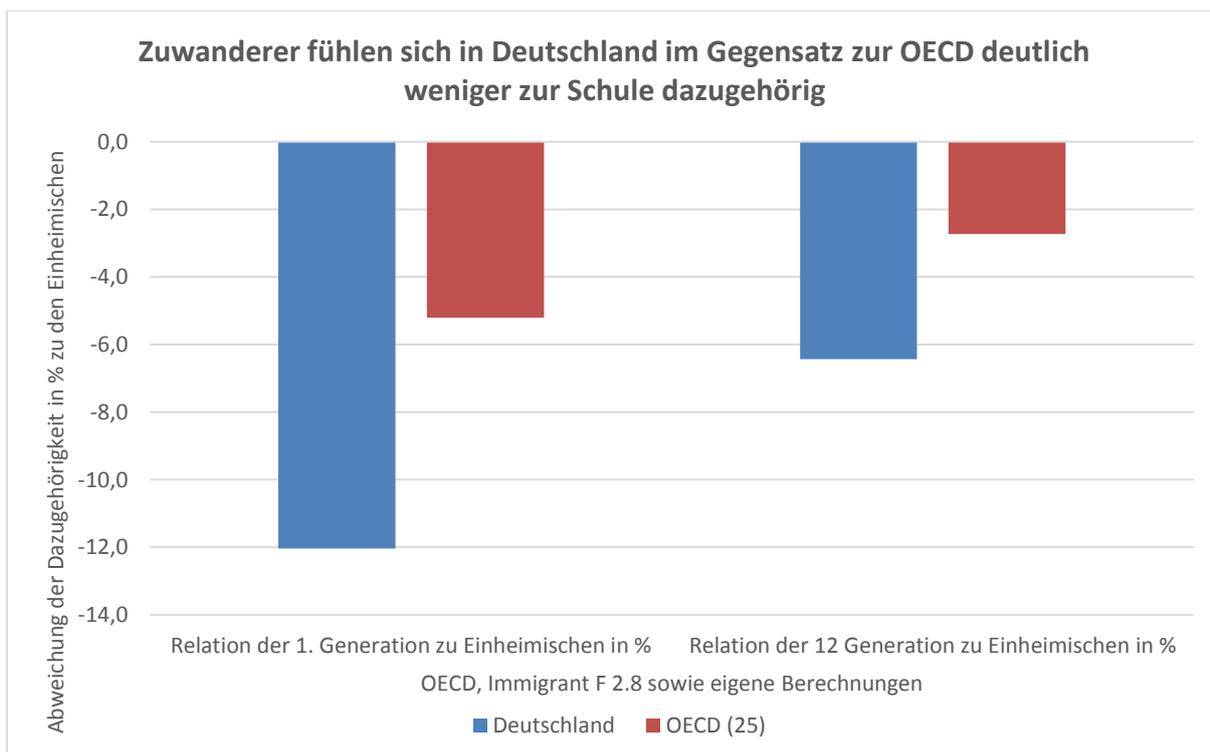
Das deutsche Schulwesen integriert die Zuwanderer vergleichsweise schwach

Das Qualifikationsgefälle in Deutschland zwischen Einheimischen und Zuwanderern birgt ein erhebliches Konfliktpotential, das durch die Einstellung der Zuwanderer zur Schule verstärkt wird. Die Schule sollte für die jugendlichen Zuwanderer der wichtigste Ort für ihre Integration in unsere Gesellschaft sein, ein Ort der Akzeptanz und des Sich-Wohlfühlens.

In der OECD gelingt die Integration gut, so dass das Verhältnis der Zuwanderer zur Schule fast dem der Einheimischen gleicht. Bei der 1. Generation gibt es OECD-weit eine gewisse Unzufriedenheit, bei der 2. Generation jedoch nicht mehr. Davon weicht Deutschland erheblich ab. Jeder 4. Zugewanderte ist mit der Schule nicht zufrieden. Um 9 % übertrifft die Unzufriedenheit der 1. Generation die der Einheimischen, und in der 2. Generation sieht es kaum besser aus. In fast keinem Land ist das Verhältnis der Unzufriedenheit zwischen Zuwanderern und Einheimischen schlechter als in Deutschland. Unter den fast 40 Staaten liegt Deutschland an fünf-, bzw. drittletzter Stelle.



Für Jugendliche, die sich zur Schule nicht dazugehörig fühlen, kann weder die Bildungs- noch die Integrationsaufgabe gelingen. Von den Einheimischen in Deutschland hat nur jeder 7. den Eindruck, nicht zur Schule dazuzugehören, das ist etwas besser als der OECD-Durchschnitt. Im Gegensatz dazu schafft es das deutsche Schulwesen nicht, die Zuwanderer wenigstens wie in der OECD zu integrieren. Stattdessen hat sowohl die 1. Generation als auch die 2. Generation ungefähr 2 ½-mal so häufig wie in der OECD den Eindruck, von der Schule nicht angenommen zu sein.



Vor allem die Sekundarstufen I + II diskriminieren

Nach dem PISA-Schock setzte sich die Erkenntnis durch, dass bildungspolitische Veränderungen unabdingbar sind. Doch Bildungspolitiker fast aller Parteien suchten aus unterschiedlichen Gründen nach Alternativen, um eine Strukturreform der Sekundarstufe I zu verhindern. Als Lösungen propagierten sie vor allem den Ausbau des Elementarbereichs, die Verbesserung der Grundschule und den Ausbau der Ganztagschule. Auch jetzt versuchen sie, mit diesen Maßnahmen die Durchsetzung einer gemeinsamen Sekundarstufe I für alle abzuwenden.

Der Ausbau des Elementarbereichs bringt wenig

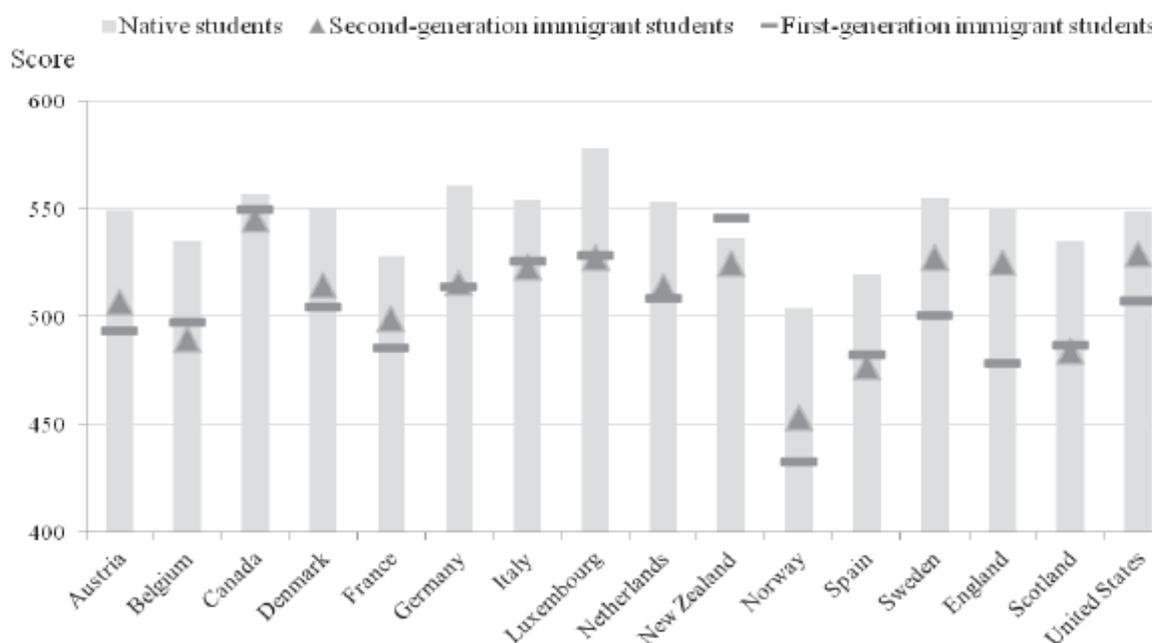
Die Bedeutung des Kindergartens für die Leistungsentwicklung in Deutschland ist eindeutig. Der Kindergarten-Besuch wirkt sich noch bei den 15-Jährigen aus: Einheimische haben danach einen Leistungsvorsprung von 1 Schuljahr, als Zuwanderer sogar von 1 ½ Schuljahren gegenüber ihresgleichen ohne Kita-Besuch. Daher sollten alle Kinder mehrjährig die Kita besuchen. Da besonders sozial Benachteiligte und Zuwanderer ihre Kinder seltener als Einheimische in den Elementarbereich schicken, ist ein mehrjähriger obligatorischer Kindergartenbesuch anzustreben.

So erheblich der Elementarbereich für jedes einzelne Kind – ob zugewandert oder einheimisch - ist, so wenig würde ein genereller Kindergartenbesuch die Diskriminierung der Zuwanderer verringern. Für die Einheimischen ist der Besuch des Kindergartens mit 94 % beinahe selbstverständlich, aber erfreulicher Weise für Zuwanderer inzwischen fast auch. Der Unterschied beträgt nur 7 %-Punkte. Diese Differenz zu beheben, würde die Diskriminierung bei den Abschlüssen nur geringfügig korrigieren (OECD, Indicators F 13.5).

Der Leistungsstand der Migranten im Primarbereich ist erfreulich, problematisch ist das Sitzenbleiben

Die Primarstufe in Deutschland hat einen beachtlichen Leistungsstand. Bei der PIRLS-Untersuchung unter 16 OECD- Staaten schnitt Deutschland bei den einheimischen Schülerinnen und Schüler am zweitbesten ab und lag bei den Zuwanderern im obersten Viertel der 16 Staaten. Der Abstand der Zuwanderer gegenüber den Einheimischen liegt im OECD-Schnitt, mit der Primarstufe kann das extreme Leistungsgefälle in der Sekundarstufe I nicht begründet werden. Wenn alle Bildungsstufen so gut arbeiteten wie der Primarbereich, dann müsste die Qualifikationsdifferenz zwischen Zuwanderern und Einheimischen im OECD-Durchschnitt liegen. Das Problem der Grundschule ist die innerschulische Selektion durch das Sitzenbleiben – siehe unten.

Figure 2.2. Reading performance in primary education (grade 4), by immigrant status
Mean reading performance in PIRLS 2006



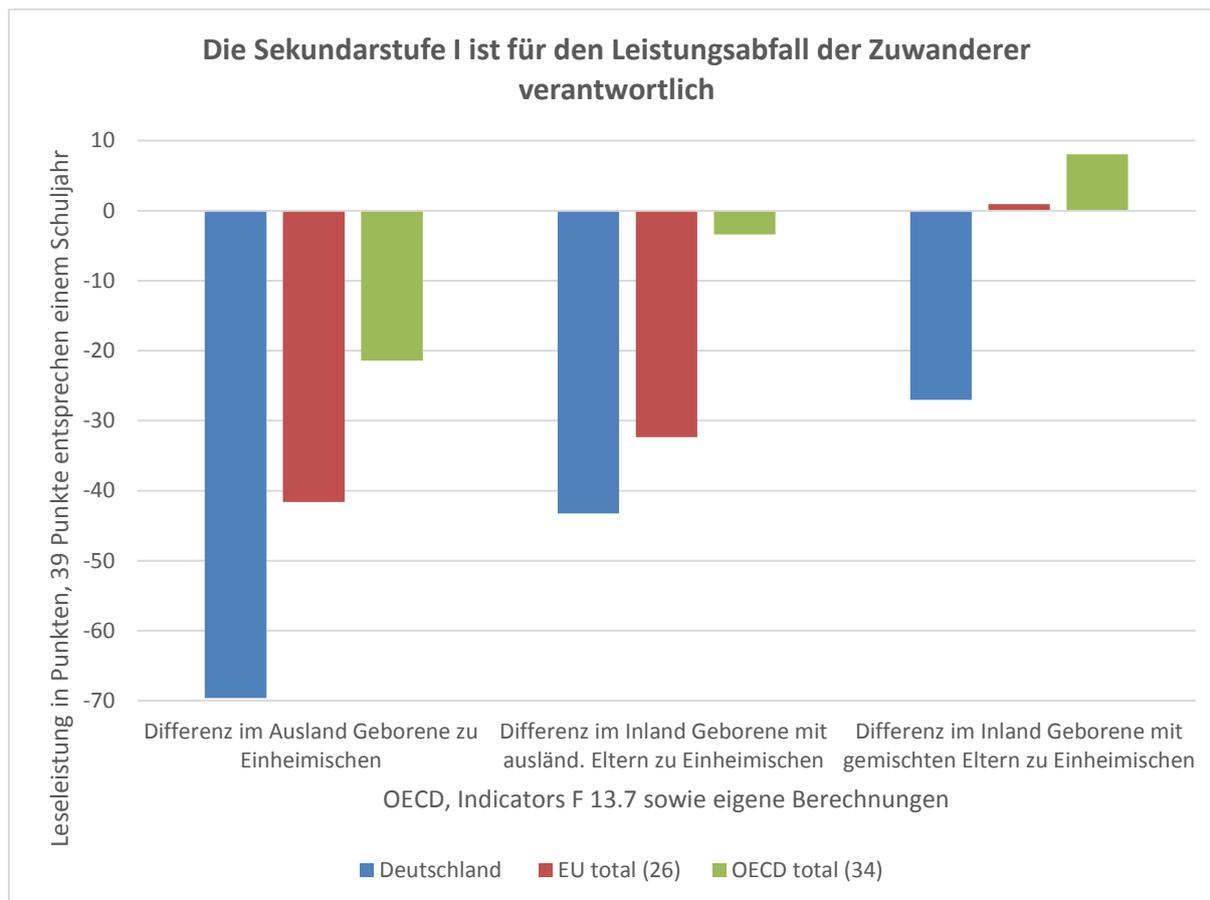
Source: IEA, PIRLS 2006 database.

OECD, Closing the Gap, F. 2.2

Die Sekundarstufe I ist es, die Zuwanderer diskriminiert

Im Gegensatz zur Primarstufe fallen die Leistungen der Migranten gegenüber den Einheimischen in der Sekundarstufe I dramatisch ab. Die Leistungsdifferenz in der OECD und in der EU zeigt, dass Zuwanderer nicht zurückfallen müssen, auch wenn die erfreulichen Ergebnisse in der OECD zum Teil durch die Einwanderungsländer bedingt sind, die Zuwanderer gezielt nach Qualifikation auswählen.

- Am schwersten haben es die 15-Jährigen in Deutschland, die im Ausland geboren sind. Ihr Leistungsabstand zu den Einheimischen beträgt 2 Schuljahre, gut dreimal so viel wie im OECD-Durchschnitt und fast doppelt so viel wie im EU-Schnitt. Nur in 4 der 29 OECD-Staaten ist die Diskrepanz größer.
- Bei den im Inland Geborenen mit ausländischen Eltern ist die Benachteiligung gegenüber Einheimischen mit gut einem Schuljahr zwar geringer, aber deutlich schlechter als in der OECD und auch schlechter als in der EU.
- Am relativ besten schneiden noch die 15-Jährigen aus gemischten Ehen ab, deren Abstand zu den Einheimischen nur noch 2/3. Schuljahr beträgt. Dennoch ist dieser deutsche Wert deprimierend, denn die Migranten aus gemischten Ehen sind in der EU den Einheimischen leicht, in der OECD sogar erheblich überlegen. Nur in Belgien schneiden die Kinder aus gemischten Ehen noch schlechter ab als in Deutschland.

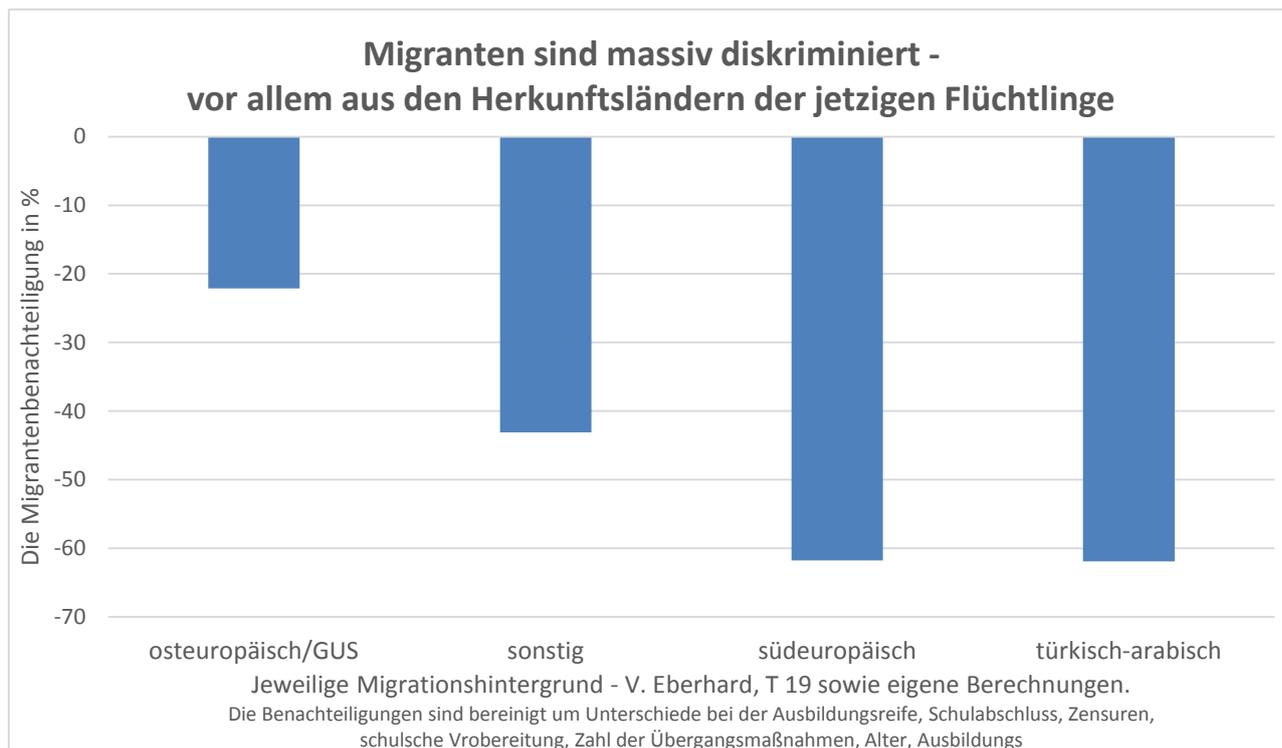


In der Grundschule lag die Leseleistung der Zuwanderer in Deutschland noch über dem OECD-Schnitt, als 15-Jährige dagegen dramatisch darunter, zum Teil an letzter Stelle. Mit anderen Worten ist im internationalen Vergleich die Sekundarstufe I in Deutschland für den drastischen Leistungsabfall der Zuwanderer verantwortlich.

Die duale Berufsausbildung demütigt Migranten

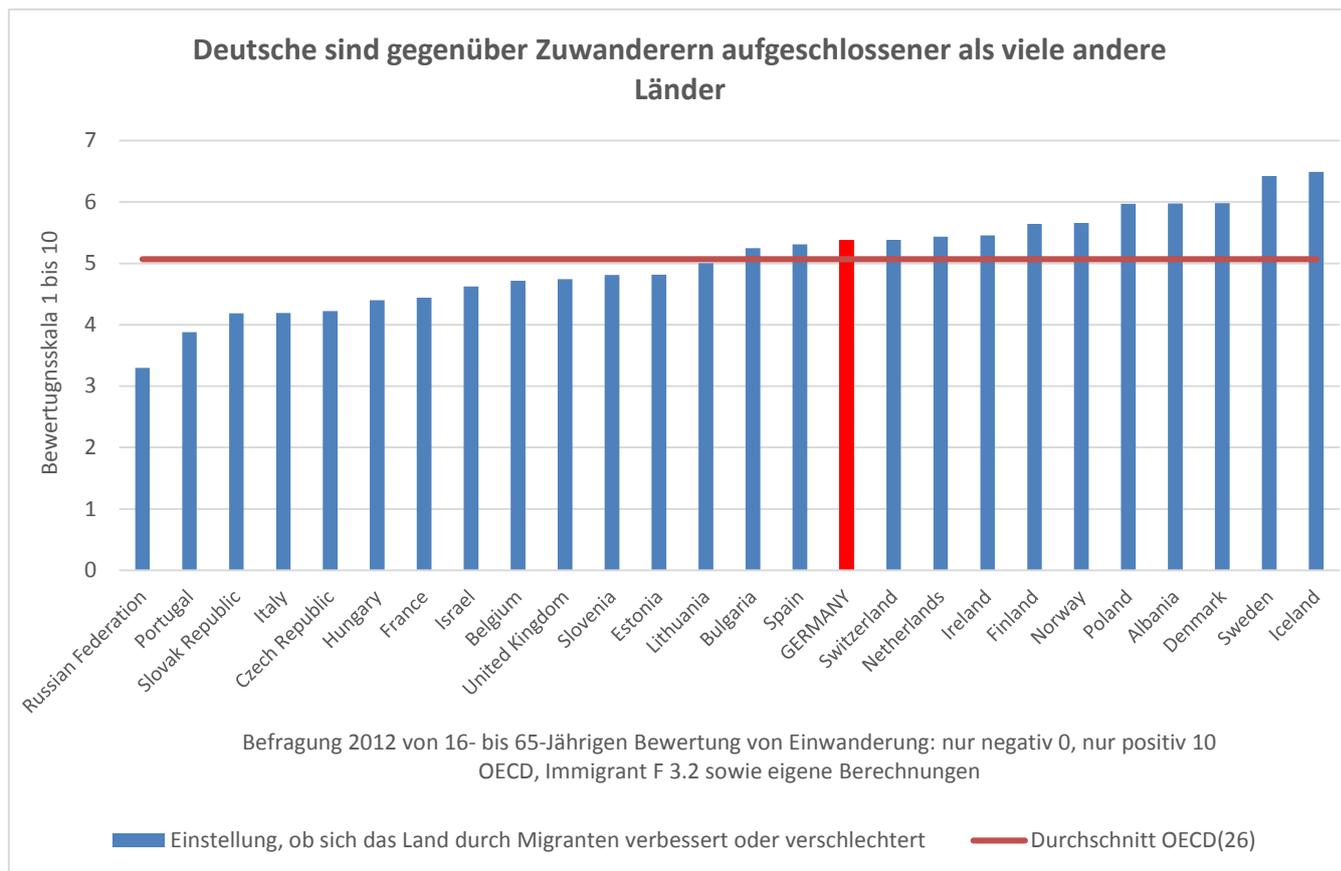
Für die hohe Quote Geringqualifizierter in Deutschland ist nicht nur die Sekundarstufe I, sondern auch die deutsche Berufsausbildung verantwortlich. Die Wirtschaftsverbände verbreiten überwiegend Optimismus, dass die Integration der Flüchtlinge in die Ausbildung gelingen werde. Tatsächlich jedoch werden die Schulabgänger mit Migrationshintergrund bei der dualen Berufsausbildung erheblich benachteiligt.

Um den Einwänden zu begegnen, die Benachteiligung der Migranten läge an den individuellen Unterschieden, hat V. Eberhard Migranten und Einheimischen bei gleichem Stand der Ausbildungsreife, des Schulabschlusses, der Zensuren, der schulischen Vorbereitung, der Zahl der besuchten Übergangsmaßnahmen, des Alters und des regionalen Ausbildungsstellenmarktes verglichen. Selbst dann findet ein Migrant aus Osteuropa über 20 % seltener eine Ausbildungsstelle als ein Einheimischer. Wer aber aus Südeuropa, aus der Türkei oder den arabischen Ländern stammt, dessen Ausbildungschance sinkt um mehr als 60 %. Deren Diskriminierung wirkt sich umso schlimmer aus, weil die jetzigen Flüchtlinge fast ausschließlich aus diesem Raum herkommen. Was passiert, wenn die Konjunktur kriseln sollte. Dann werden sich Migranten aus Vorderasien als ausgeschlossen verstehen.



Die Strukturen des Bildungssystems verletzen die Chancengleichheit

Das im Vergleich erschreckend schlechte Abscheiden der Migranten in Deutschland bei den Schulleistungen und Abschlüssen liegt nicht an den Migranten und auch nicht an der deutschen Bevölkerung. Sie war im Jahre 2012 gegenüber Zuwanderern sogar leicht aufgeschlossener als der OECD-Durchschnitt.



Die Chancengleichheit wird durch Sitzenbleiben und Gettoisierung belastet

Die OECD hat an Hand ihrer Untersuchungen – vor allem von PISA – die Wirkung von Faktoren analysiert, die auf die Leistung bzw. die soziale Integration von Zuwanderern Einfluss haben könnten. Untersucht wurden einerseits personale wie auch soziale Faktoren der Zuwanderer als auch kulturelle und strukturelle Faktoren der Schule.

Eine nicht seltene These führt die Leistungsdiskriminierung der Zuwanderer auf ihre sozioökonomische Zusammensetzung zurück. In der Tat waren die Migranten in Deutschland früher gegenüber Einheimischen sozial äußerst stark benachteiligt. Im Jahre 2003 war der Sozialstatus der 15jährigen Migranten einer der niedrigsten OECD-weit, gegenüber 2003 hatte er sich im Jahre 2012 fast am meisten verbessert, lag aber weiterhin im OECD-Vergleich weiterhin niedrig, besonders der Abstand zu den Einheimischen war in Deutschland sehr groß (OECD, Immigrant F. 2.6; PISA 2012, II.3.4a). Nun hat aber PISA nachgewiesen, dass die erheblichen sozialen Leistungsunterschiede nur in geringem Umfang auf den sozioökonomischen Status der Schülerinnen und Schüler zurückzuführen sind. Ausschlaggebend ist vielmehr der soziale Status der Schule, den sozial benachteiligte Jugendliche besuchen (Lohmann 2014, S. 12).

Ein weiter Einwand gegenüber der schulischen Verantwortung für die Diskriminierung könnte eine vergleichsweise schwächere Integrationsbereitschaft der Migranten in Deutschland sein. Die OECD hat dazu untersucht, ob die zugewanderten Jugendlichen zuhause ihre Muttersprache oder die Sprache des Aufnahmelandes sprechen. Wird die Sprache des Aufnahmelandes gesprochen, so differiert die Leseleistung gegenüber Einheimischen wie im OECD-Schnitt um $\frac{1}{2}$ Schuljahr. Tatsächlich spricht in Deutschland die 1. Generation etwas häufiger, dagegen die 2. Generation etwas seltener als im OECD-Durchschnitt die Muttersprache zuhause. Damit verursacht auch eine vermutete fehlende Bereitschaft, deutsch zu sprechen, nicht den Leistungsabfall gegenüber anderen Ländern.

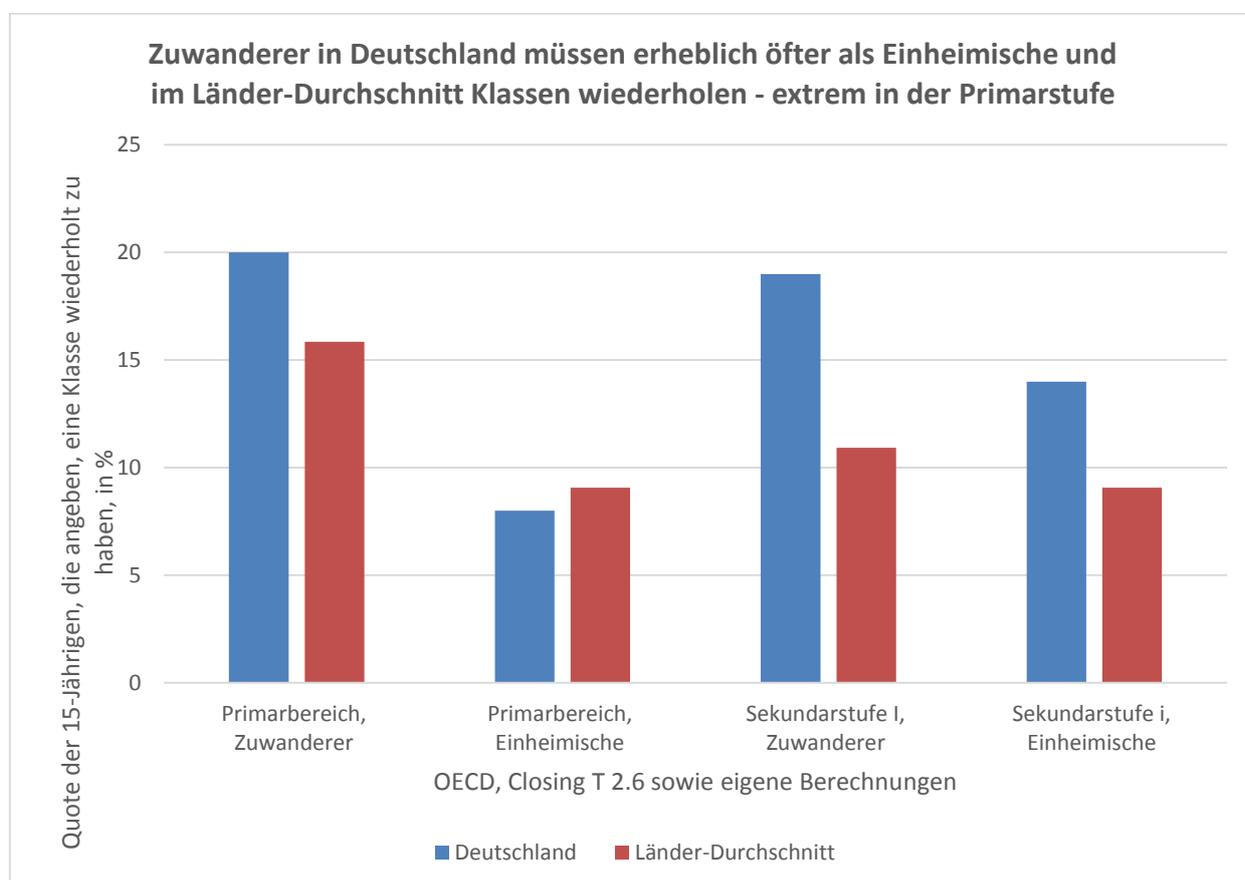
Dennoch bleibt es sinnvoll, dass Bundes- und Landesregierungen die Sprachvermittlung bei Zuwanderern so früh und so qualifiziert wie möglich beginnen und darauf drängen, dass deutsch auch zuhause gesprochen wird. Hiermit kann man die Leistung von Zuwanderern schnell verbessern.

Insgesamt ist keiner der untersuchten personalen Faktoren die Ursache, weshalb in Deutschland der Leistungsstand und die soziale Integration der Zuwanderer in Relation zu den Einheimischen so extrem hinter den OECD-Schnitt zurückfallen. Die Ursachen der Diskriminierung liegen in der Schule.

Das Sitzenbleiben schmälert die Chance auf qualifizierte Abschlüsse

Eine Maßnahme, die Zuwanderer in Deutschland gegenüber Einheimischen erheblich benachteiligt ist das Sitzenbleiben. Es war früher ein sehr verbreitetes pädagogisches Mittel. In jüngerer Zeit ist es pädagogisch zu Recht in Verruf gekommen. Nach einer internationalen Metastudie, die 60 empirische Studien auswertete, wirkt sie sich negativ auf die Leistungsentwicklung der Nichtversetzten aus, ohne die Leistung der Versetzten positiv zu beeinflussen (Tietze). Auch deutsche Studien kommen zum gleichen Ergebnis (Klemm, S. 7f.).

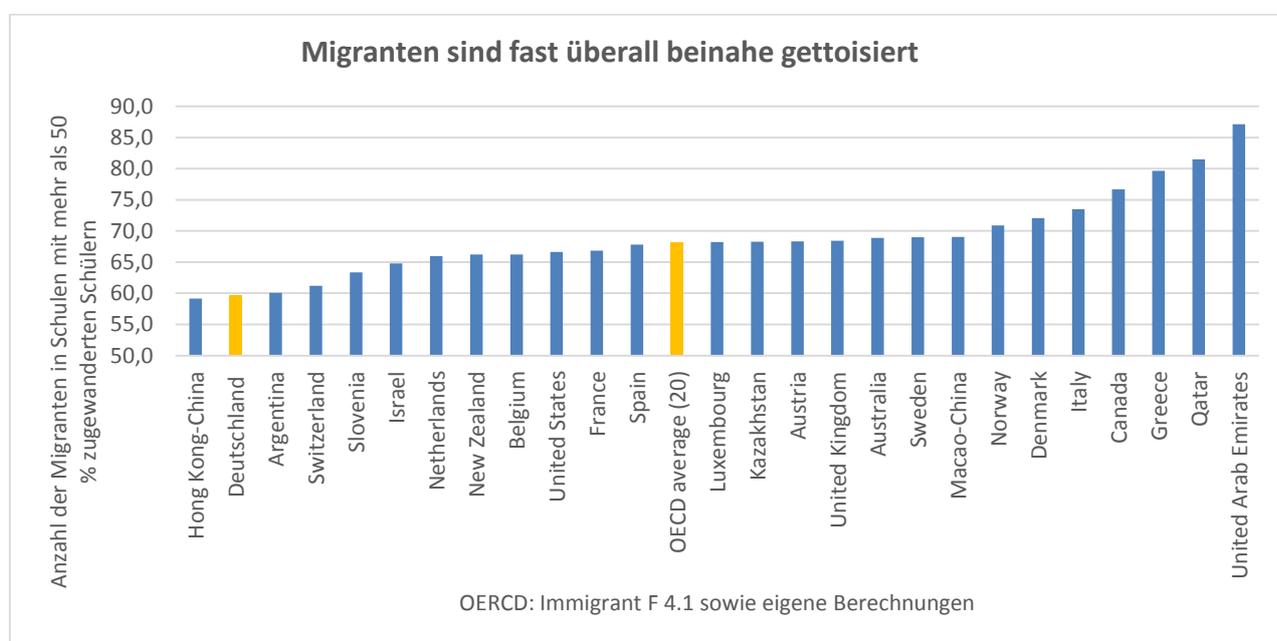
In der Grundschule hat sich diese pädagogische Erkenntnis für die Einheimischen durchgesetzt, nur 8 % der 15-Jährigen mussten dort eine Klasse wiederholen – weniger als im OECD-Durchschnitt. Im Gegensatz dazu liegt die Sitzenbleiberquote der Einheimischen in der Sekundarstufe I um die Hälfte über dem OED-Schnitt. Doch die Klassenwiederholung ist eine Standardmaßnahme gegenüber den Migranten. In der Grundschule wiederholen die Migranten 2 ½ mal so häufig eine Klasse wie die Einheimischen, eine der höchsten Differenzen innerhalb der OECD. In der Sekundarstufe I liegt die Quote bei den Zuwanderern um mehr als 1/3 über der von den Einheimischen.



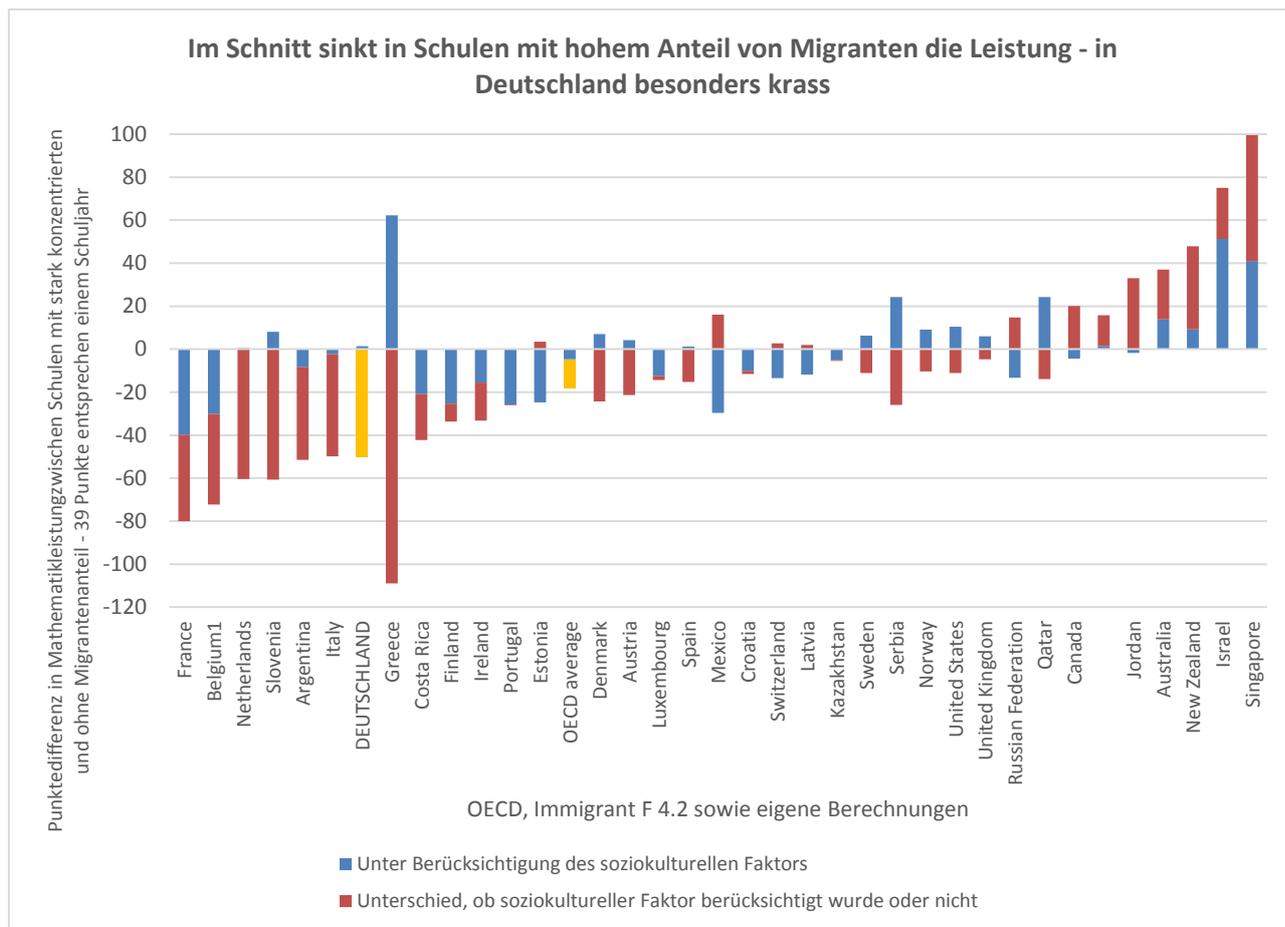
Die Klassenwiederholung wird oft als das kleinere Übel gegenüber dem Leistungsrückstand von Zuwanderern angesehen. Übersehen werden aber sowohl die individuellen und sozialen Probleme als auch die Auswirkungen auf Motivation, Leistung und Abschlusschancen. Diese Auswirkungen dürften ein Grund für den Leistungsabfall der Zuwanderer in der Sekundarstufe I sowie ihre Diskriminierung bei den Abschlüssen sein. Über die Klassenwiederholung ist mithin auch die Grundschule an der Diskriminierung von Zuwanderern beteiligt, die sich aber erst in der Sekundarstufe I auswirkt.

Noch stärker diskriminiert die schulische Gettoisierung der Zuwanderer

Die eigentliche Leistungsdiskriminierung der Zuwanderer in Deutschland findet in der Sekundarstufe I statt. Sie ist bedingt durch die Konzentration der Migranten auf wenige Schulen. In Deutschland sind 60 % aller 15-Jährigen Migranten in Schulen, in denen mindestens die Hälfte Zuwanderer sind. Das grenzt an eine Gettoisierung in der Schule. Das ist in anderen Ländern noch viel schärfer ausgeprägt als in Deutschland. Im Durchschnitt werden in der OECD 2/3 aller Zuwanderer in Schulen mit mehr als 50 % Zugewanderten unterrichtet.



Die im Vergleich relativ geringe Konzentration der Migranten hat in Deutschland jedoch gravierende Konsequenzen. Die Migranten, die in den vor allem von Zuwanderern besuchten Schulen unterrichtet werden, liegen deutlich mehr als ein Schuljahr zurück. Dieser Leistungsabfall in Deutschland ist ausschließlich sozioökonomisch bedingt: Wer in Deutschland sozial benachteiligt ist, wird in der Leistung so stark beeinträchtigt wie in kaum einem anderen Land.



Der Leistungsabfall von Migranten in gettoisierten Schulen irritiert: Denn mit höherem Migrantenanteil steigen im OECD-Schnitt nachweislich die Schülerleistungen eines Landes (s. S. 11). Doch die in Deutschland stark durch Migranten stigmatisierten Schulen schaffen es nicht, die OECD-weit höhere Motivation der Zuwanderer für Leistungen zu nutzen, die über ihren sozialen Stand hinausgehen.

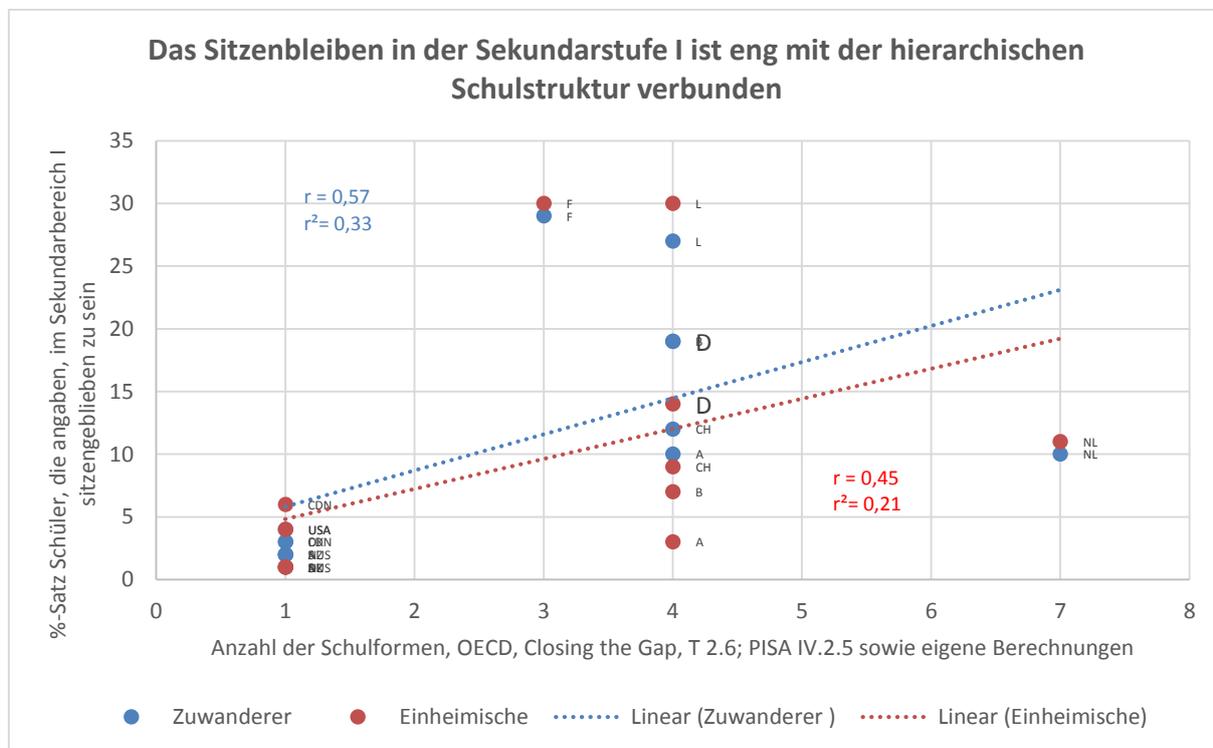
Die hierarchische Struktur des deutschen Schulwesens trägt die Verantwortung

Deutschland diskriminiert– wie oben belegt – die Migranten gegenüber Einheimischen sowohl bei den Leistungen als auch bei den Abschlüssen. Die OECD hat mehrere Einzelfaktoren analysiert, die diese Benachteiligung der Zuwanderer verursachen. Sie leiden – wie gesagt - unter:

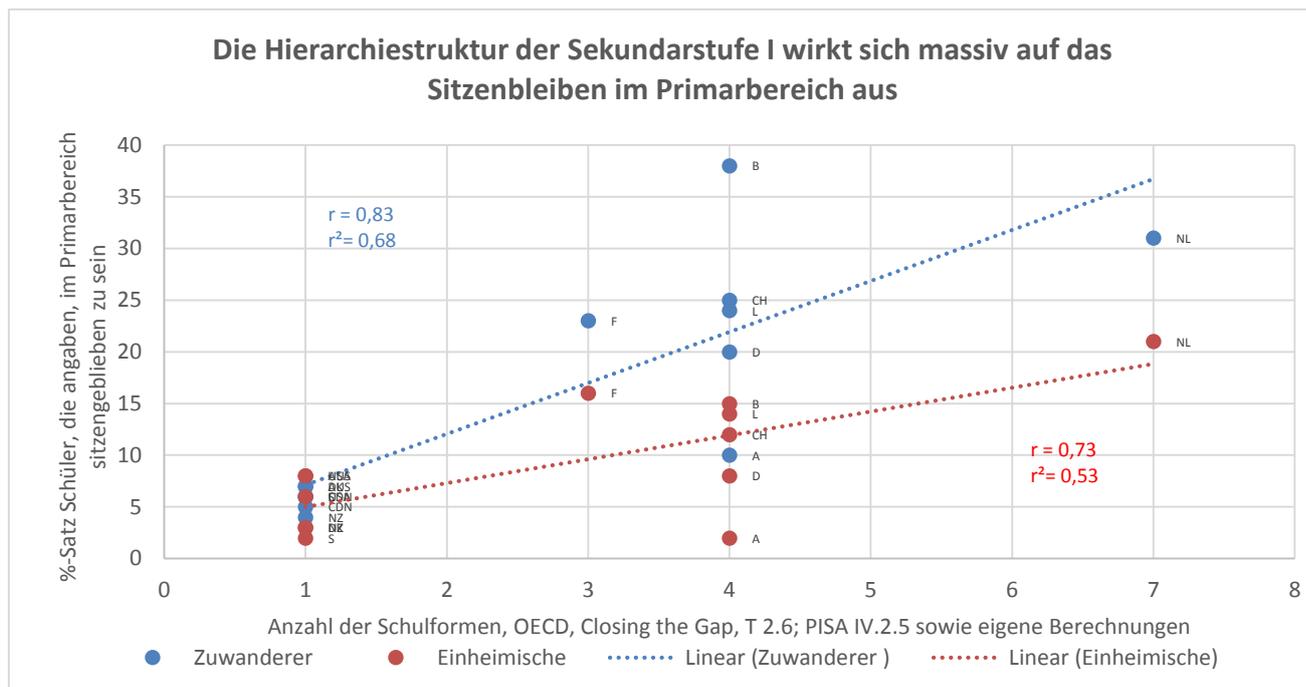
- einer hoher Sitzenbleiberquote sowie
- einem sehr starken Leistungsabfall in Schulen mit einer Konzentration von Migranten und sozial Benachteiligten.

Diese Einzelfaktoren, welche die Migranten in Deutschland benachteiligen, sind kein Zufall. Ihre sie gemeinsame Ursache ist die Schulstruktur.

Die Schul(un)kultur der Klassenwiederholung ist auf das Engste mit der schulischen Hierarchiestruktur verbunden, die in Deutschland zusammen mit Österreich am schärfsten ausgeprägt ist. Ein Drittel der Unterschiede bei den Sitzenbleiberquoten der Zuwanderer und ein Fünftel bei der der Einheimischen geht auf die verschiedene Anzahl von Schulformen zurück. Zur Schulhierarchie gehört es eben, dass Schülerinnen und Schüler ausgelesen werden dürfen, wenn sie leistungsmäßig oder erzieherisch abfallen.



Über 2/3 der Quoten der Klassenwiederholungen von Zuwanderern und über die Hälfte der von Einheimischen erklärt sich in der Primarstufe mit der Hierarchiestruktur. Viele Eltern wollen bei der Wahl einer weiterführenden Schule für ihre Kinder den möglichst anspruchsvollsten Bildungsgang sichern. Deshalb üben sie und teilweise auch die Lehrkräfte einen starken Leistungsdruck aus, der oft zum Scheitern der Kinder führt, und drängen auch auf eine Klassenwiederholung, um die Bildungschancen zu erhöhen. Die Grundschule wird im Hierarchiesystem zur ersten Selektionsinstanz.



Das Sitzenbleiben gerade in der Primarstufe hängt also sehr eng mit der Hierarchiestruktur des gegliederten Schulwesens zusammen. Sie beeinflusst mithin auch die Einstellung und das Verhalten des pädagogischen Personals und der Eltern. Das deutsche Schulwesen hat nicht nur eine hierarchische Struktur, sondern infolgedessen eine von ihr bestimmte Kultur. Bei der Schulhierarchie handelt es sich nicht nur um eine Struktur, sondern um ein System.

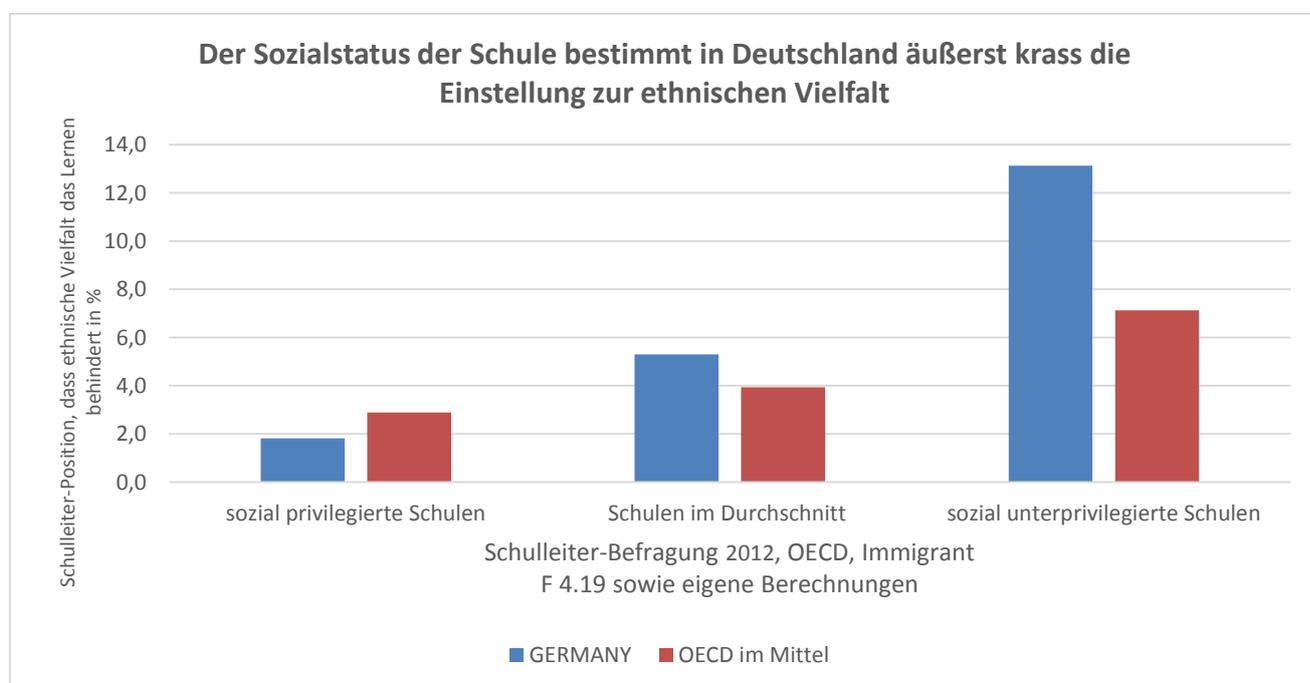
Auch der extrem starke Abfall der Leistung bei Zuwanderern gegenüber den Einheimischen in der Sekundarstufe I ist kein unabwendbares Schicksal in Deutschland, sondern systemisch verursacht. Je früher Staaten schulisch auslesen, desto schärfer werden die Migranten diskriminiert. Bei Zuwanderern der 1. Generation ist ihre Leistungsdifferenz zu den Einheimischen durchschnittlich größer, dafür der Einfluss des Selektionszeitpunktes geringer. In der 2. Generation allerdings erklären sich 15 % der Leistungsdifferenzen zwischen den Staaten durch den Zeitpunkt der Auslese und 11 % durch die Anzahl von Schulformen.

Eine Chancengleichheit für Migranten lässt sich nur über eine ergänzende schulische Berufsausbildung sichern. Das doppelte Problem in Deutschland besteht darin, dass einerseits die schulische Berufsausbildung nur schwach ausgebaut und andererseits der Mittlere Schulabschluss überwiegend die Eingangsvoraussetzung ist.

Die Schulstruktur beeinträchtigt die Integration sowohl der Zuwanderer als auch der Einheimischen

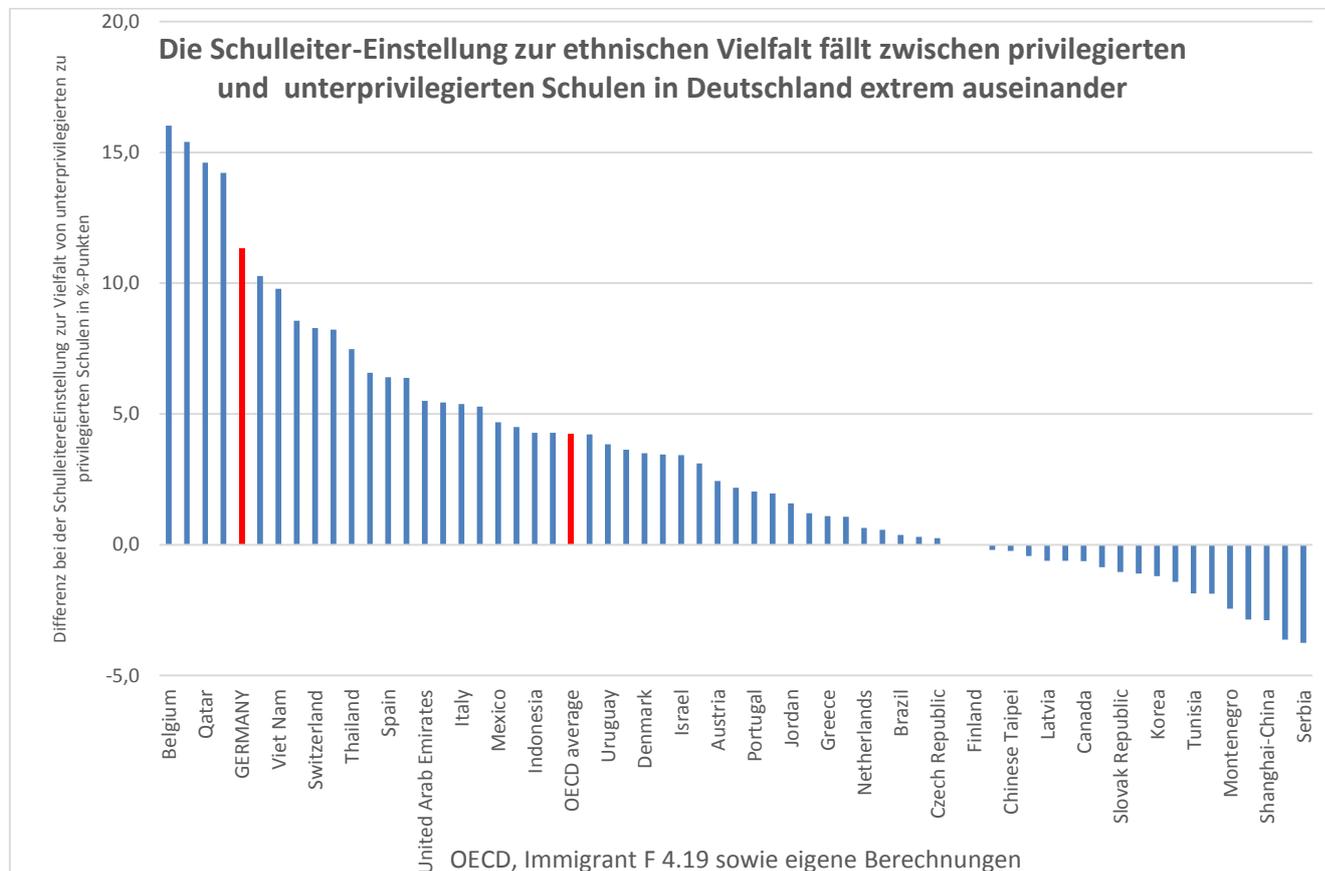
Die OECD hat Faktoren analysiert, welche die schulische Integration sowohl der Migranten als auch der Einheimischen positiv beeinflussen könnten. Die Einstellung gegenüber Migranten hängt sehr stark von der sozialen Stellung der Schule ab. Schulleiter sozial privilegierter Schulen stehen der ethnischen Vielfalt positiver gegenüber als Schulleiter sozial unterprivilegierter Schulen, die das Lernen durch die ethnische Vielfalt beeinträchtigt sehen. Bei den sozial bevorzugten Schulen ist es nur ein geringer %-Satz der Rektoren in der OECD und noch weniger in Deutschland. Bei den sozial benachteiligten Schulen liegt der Anteil deutlich höher, in der OECD durchschnittlich 2 ½ mal so häufig, in Deutschland sogar 7-mal so oft.

Das Ergebnis irritiert zunächst. Nach den Leistungsergebnissen (vgl. S. 11) müssten die Schulleiter die ethnische Vielfalt rundum begrüßen; denn die Migranten beeinflussen die Gesamtleistung positiv, obwohl sie selbst im Schnitt leitungsmäßig eher schwächer, dafür aber motivierter sind. Die Rektoren der privilegierten Schulen wissen das überwiegend zu schätzen, aber sehr viel weniger die Leiter von unterprivilegierten Schulen. Wahrscheinlich sehen die Schulleiter in der ethnischen Vielfalt einen Sündenbock für den geringen sozialen Status ihrer Schule. Fast nirgends weicht die Einschätzung der Schulleiter zwischen unterprivilegierten und privilegierten Schulen so stark ab wie in Deutschland.

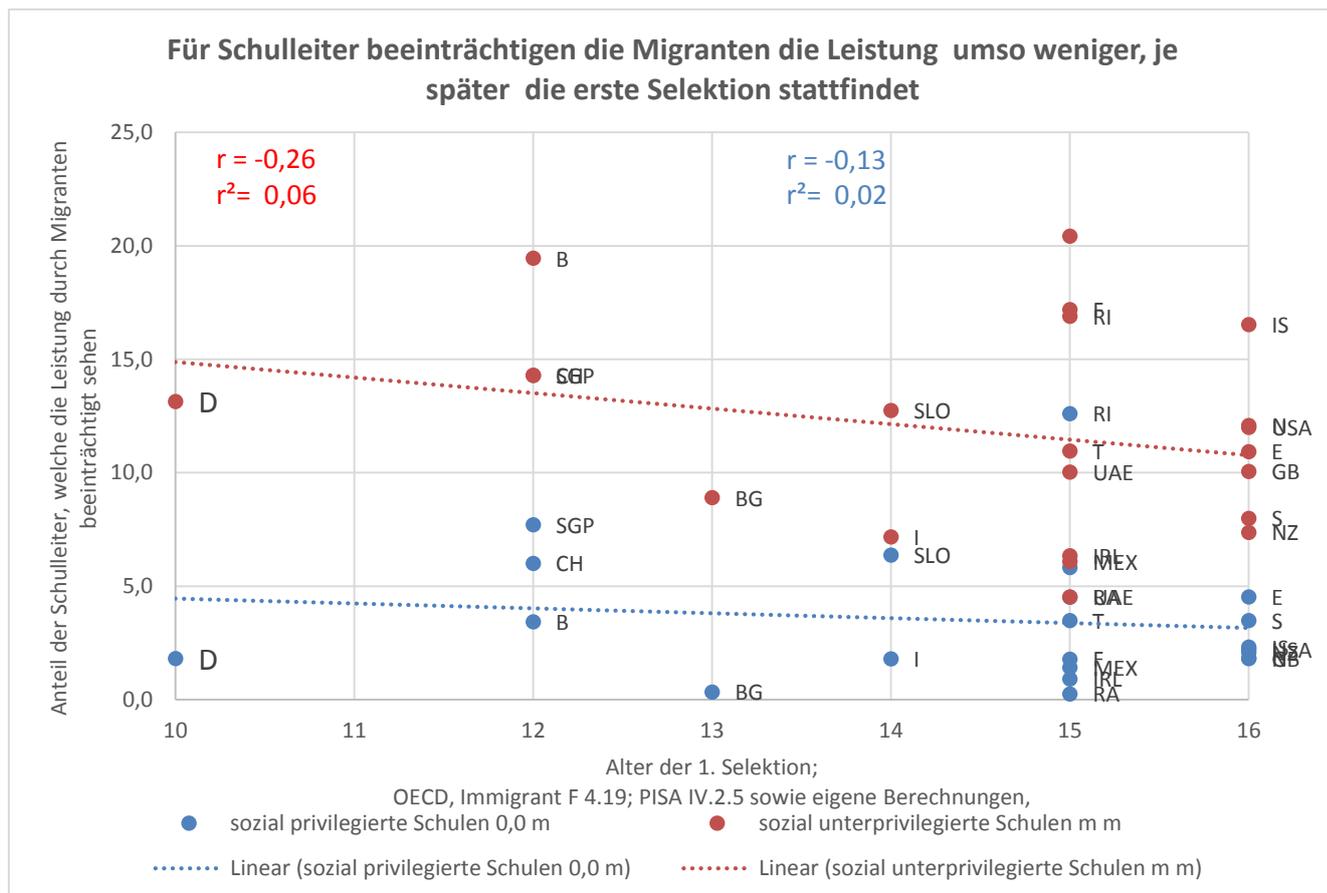


Nun scheinen die %-Sätze negativer Urteile eher gering. Doch in der Bewertung der Schulleiter spiegeln sich die Urteile von Lehrkräften sowie die Einstellung und Stimmungen zwischen Migranten und einheimischen Schülerinnen und Schülern. Die Integration ist ja eine doppelte Herausforderung: sowohl die Integration der Migranten als auch der Einheimischen an die sich auch durch die

Migranten wandelnde Gesellschaft. Dabei sind die Vorbehalte der Einheimischen gegenüber den Zugewanderten das zurzeit größere Problem. Wenn dann die Schulleiter jeder 8. sozial benachteiligten Schule eher unberechtigter Weise Leistungseinbußen durch Migranten befürchten, ist das ein ernstes Warnzeichen über eine gefährdete Integration. Denn die Schule ist und bleibt der wichtigste Ort der sozialen Integration für jugendliche Zuwanderer wie Einheimische.

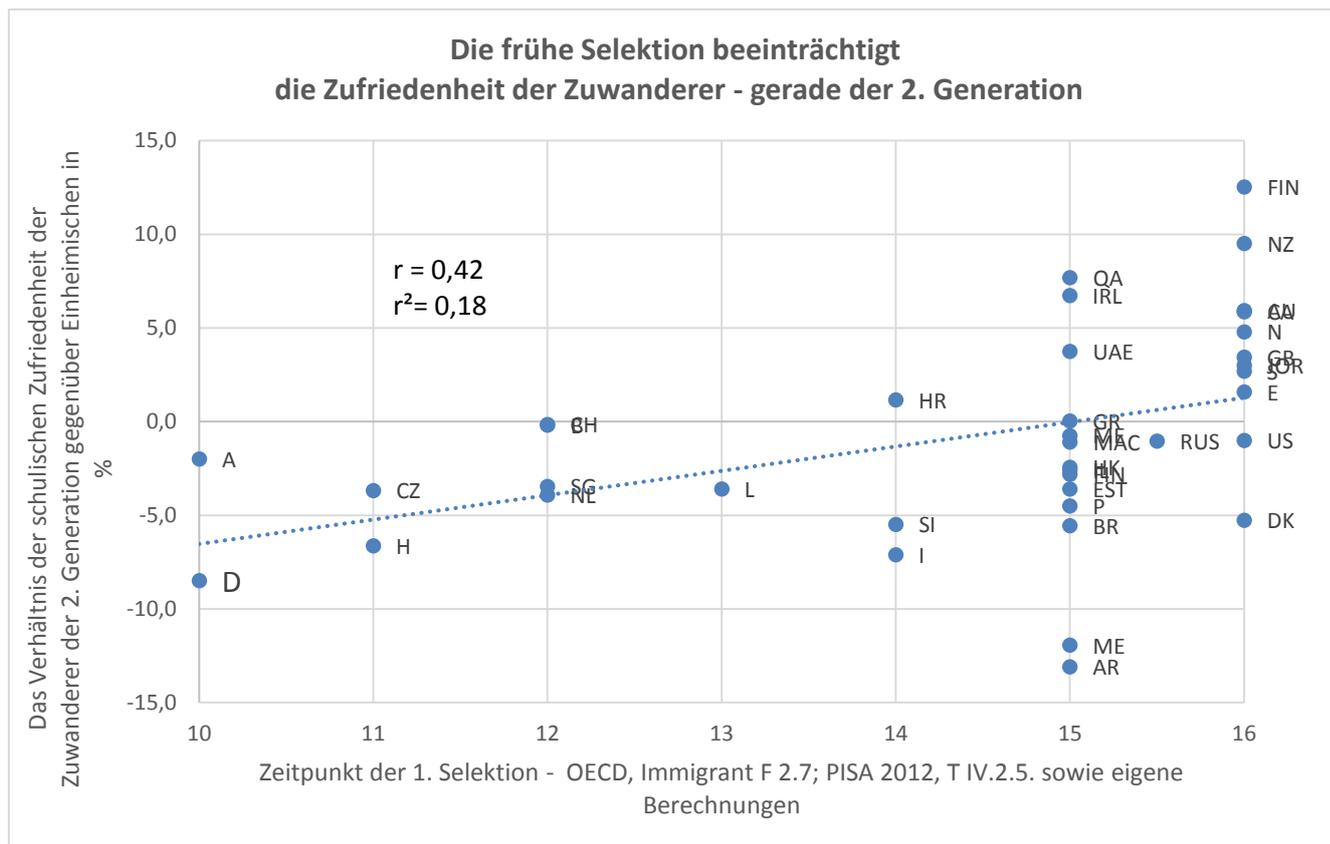


Die extrem großen Vorbehalte gegenüber ethnischer Vielfalt bei Schulleitern unterprivilegierter Schulen in Deutschland sind kein Zufall. Nicht die Schulleiter und Lehrkräfte in Deutschland sind persönlich verantwortlich, sie stehen vielmehr unter dem Einfluss des hierarchischen Schulsystems. Je früher Jugendliche OECD-weit schulisch getrennt werden, desto kritischer sind die Rektoren gegenüber ethnischer Vielfalt. Bei Schulleitern sozial privilegierter Schulen hängt die Einstellung zu ethnischen Minderheiten nicht stark davon ab, wann die erste Selektion der Schülerinnen und Schüler stattfindet, nicht so bei den Leitern sozial unterprivilegierter Schulen: die Schulleiter sind hier umso kritischer eingestellt, je früher die Jugendlichen separiert werden.



Die Ursache für die kritische Einschätzung des Migranteneinflusses bei den Schulleitern sind nicht die zugewanderten Schüler, deren Leistungen zwar eher niedriger liegen, deren Motivation aber so viel höher liegt, dass sie die Leistungen insgesamt einer Schule steigern können. Es ist vielmehr der gesellschaftliche Status der Schule, unter dem Motivation und Leistung leiden. Der ist umso stärker, je früher die Auslese stattfindet (s.a. Lohmann, 27 f.).

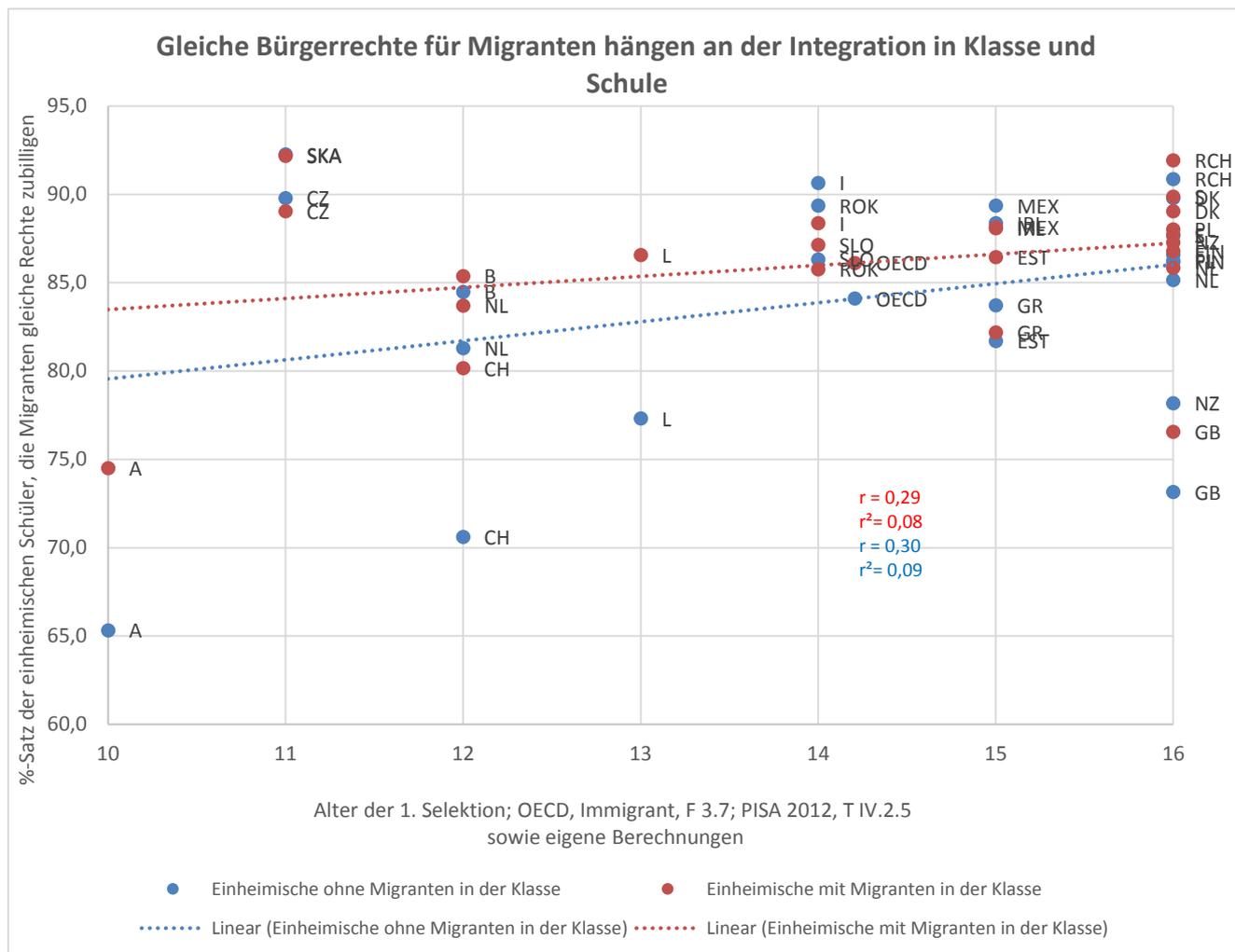
Auch für die vergleichsweise sehr geringe Schulzufriedenheit der Migranten in Deutschland sind nicht die hier handelnden Personen individuell verantwortlich, sondern wieder die Schulstruktur. Diese wirkt sich schwächer bei der 1. Generation der Zuwanderer aus, aber dafür bei der 2. Generation umso deutlicher. Fast 20 % der Unterschiede bei dem Sich-Wohlfühlen der Zuwanderer gehen auf das Konto der frühen bzw. späten Auslese zurück, etwas weniger auf das Konto der Anzahl von Schulformen. In keinem Land außer Österreich wird so früh wie in Deutschland sortiert und in kaum einem anderen Staat wird so zahlreich in unterschiedliche Schulformen ausgelesen.



Die im Vergleich extreme Unzufriedenheit der zugewanderten Schülerinnen und Schüler spiegelt die Einstellung der dort handelnden Personen wider. Sie wird ja nicht nur durch die Schulleiter und die Lehrkräfte, sondern auch durch die einheimischen Mitschüler bestimmt. Die OECD hat die Position der einheimischen Schülerinnen und Schüler zu ihren zugewanderten Mitschülern indirekt erhoben. Die einheimischen Schülerinnen und Schüler wurden gefragt, wieweit den Migranten gleiche Bürgerrechte zustehen sollten. Die Befragung ohne deutsche Beteiligung ist sehr aufschlussreich: Es gibt eine beachtliche Anzahl von einheimischen Schülerinnen und Schülern, die den Zuwanderern keine gleichen Bürgerrechte einräumen wollen.

Die Länderunterschiede sind gravierend, wieder hängt die soziale Integration von dem Schulsystem ab:

- Einheimische stehen positiver zu gleichen Bürgerrechten, wenn man Migranten als Klassenkameraden hat. Mithin sollte sich keine Schule der Integrationsaufgabe entziehen dürfen.
- Sehr kritisch wirkt sich eine selektive Schulstruktur aus. Je früher ausgelesen wird, desto häufiger sind die Vorurteile gegenüber rechtlicher Gleichstellung der Migranten. Dies trifft selbst dann zu, wenn Migranten im Klassenverband sind, viel häufiger aber dann, wenn diese Erfahrung in der eigenen Klasse fehlt. Die einheimischen Jugendlichen in Klassen ohne Migranten dürften eher privilegierte Schulen mit eher anspruchsvolleren Bildung besuchen. Mögliche höhere Bildung vermag also die Erfahrung, das Erleben von Integration nicht auszugleichen, eher im Gegenteil.



Strukturreformen sind unabdingbar

Die Notwendigkeit der Strukturreformen

Die Diskriminierung der Migranten im deutschen Bildungswesen ist extrem. Sie zeigt sich sowohl bei den Leistungen und Abschlüssen als auch bei der sozialen Integration. Ebenso leistet die deutsche Schule erschreckend häufig nicht die Integration der einheimischen Schülerinnen und Schüler in eine sich wandelnde Gesellschaft. Die Einzelanalysen der OECD zeigen, dass das deutsche Bildungswesen durchgängig so stark benachteiligt und desintegriert wie fast kein anderes Land.

Erfreulicher Weise ist die Stimmung der Öffentlichkeit positiver als in mehreren europäischen Ländern – bedingt wohl durch drei Faktoren:

- Deutschland hat eine geringe Arbeitslosigkeit wie seit langem nicht, sodass auch Migranten zu einem erheblichen Teil in den Arbeitsmarkt integriert sind.
- In Deutschland besteht weiterhin eine erstaunlich engagierte Willkommenskultur, die u.a. durch die Politisierung der Zuwanderung von Flüchtlingen verstärkt wurde.
- Deutschland ist bisher von größeren Anschlägen verschont geblieben.

Doch die Lage ist gefährlicher, als es den Anschein hat.

- So wird die Zahl von Mitgliedern militanter sunnitischer Organisationen aus Deutschland im Irak und in Syrien im Jahre 2015 auf 600 geschätzt (ICSR). Das ist im Vergleich zu anderen europäischen Ländern eher wenig, aber trotzdem eine latente, große Gefahr, die zeigt, dass wir trotz vergleichsweise guter bis sehr guter Ausgangsbedingungen teilweise mit der Integration scheitern.
- Sodann sind in Deutschland mit PEGIDA und AfD Organisationen bzw. Parteien entstanden, in denen sich immer stärker Hass und Drohungen mit Gewalt gegenüber Zuwanderern durchsetzen. Zwar bleibend die Wahlerfolge gegenüber anderen europäischen Staaten noch zurück, dafür sind Anschläge gegen Personen und Sachen enorm angestiegen. Im Jahre 2015 und im ersten Quartal 2016 kam es zu 3 Anschlägen gegen Asylunterkünften pro Tag. Die Bundesanwaltschaft führt inzwischen das 3. Verfahren gegen Rechtsextremismus durch (SZ, 20.4.16, S. 5).

In dieser Situation darf sich Deutschland kein Bildungssystem leisten, das sowohl die Chancengleichheit für Migranten als auch die soziale Integration für Zuwanderer wie Einheimische erheblich schlechter leistet als die weitaus meisten anderen Staaten. Strukturreformen sowohl der Sekundarstufe I wie der Berufsausbildung sind unabdingbar.

Der OECD-Bericht „Immigrant Students at Scholl“ schließt seine Ergebnisse mit folgenden Forderungen:

„How can education systems help immigrant students to integrate into their new communities?”

Immediate policy responses

- Provide sustained language support, within regular classrooms as soon as it becomes feasible.
- Encourage immigrant parents to enrol their young children in high-quality early childhood education.
- Build the capacity of all schools attended by immigrant students.

High-impact, medium-term responses

- Avoid concentrating students with an immigrant background in disadvantaged schools.
- Avoid ability grouping, early tracking and grade repetition.
- Provide extra support and guidance to immigrant parents.

Responses to strengthen integration

- Support innovation and experimentation, evaluate results and target funding to what works.
- Demonstrate the value of cultural diversity.
- Monitor progress (s.16).

Doch Bildungsstrukturen lassen sich nur bei extremen Erschütterungen revolutionieren, die Deutschland hoffentlich erspart bleiben. Selbst dann ist ein bildungspolitischer Umbruch kaum erreichbar, weil seine nur langfristige Wirkung kaum als Antwort auf kurzfristige Schocks verstanden wird. Außerhalb solcher Sondersituationen ist ein Revolutionieren aus gesellschaftlichen wie politischen Gründen nicht möglich.

Gesellschaftlich gibt es bei Meinungsumfragen Mehrheiten für eine gemeinsame Schule für alle, sie lassen sich aber nicht in Volksentscheide umsetzen. Denn die Mobilisierungskraft der

Bildungsprivilegierten ist erheblich, wie es Hamburg gelehrt hat. Politisch ist eine Revolutionierung ebenfalls nicht möglich, denn keine der linken Parteien war bisher dazu bereit, und künftig wird die Möglichkeit für linke Koalitionen in den meisten Bundesländern fehlen, weil voraussichtlich zumeist nur lagerübergreifende Regierungskoalitionen möglich sein dürften.

Dennoch ist kein Pessimismus angesagt. Vielmehr haben mehrere Bundesländer gezeigt, dass Strukturreformen schrittweise realisierbar sind. Bildungsprivilegierte tolerieren ohne oder mit geringem Widerstand verbesserte Bildungschancen für Unterprivilegierte dann, wenn für ihre Kinder die überlieferten Bildungsgänge erhalten bleiben.

Was gesellschaftlich möglich, ist auch politisch umsetzbar. Selbst gegen eine strukturkonservative Landes-CDU wie in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen konnten mit einer Strategie der Freiwilligkeit von unten Schulen des gemeinsamen Lernens in erstaunlicher Geschwindigkeit verwirklicht werden. Und es gelang sogar die Strukturreform von oben, nämlich die generelle Aufhebung von Haupt- und Realschulen zugunsten der Schulen des gemeinsamen Lernens in den Stadtstaaten, Saarland und Schleswig-Holstein sowie eingeschränkt auch in Rheinland-Pfalz ohne oder mit sehr geringem gesellschaftlichen Widerstand. Überwiegend waren diese Reformen durch einen Schulfrieden zwischen den politischen Lagern ermöglicht worden.

Dies wird auch in Zukunft dann möglich sein, wenn die linken Parteien Strukturreformen in ihren Landtagswahlen propagieren. Die lagerübergreifenden Koalitionen zwingen zu Kompromissen, die Schritte ermöglichen, das jüngste Beispiele ist die grün-schwarze Koalitionsvereinbarung in Baden-Württemberg: Trotz der Ankündigung des CDU-Spitzenkandidaten, keine neuen Gemeinschaftsschulen mehr zu genehmigen und bestehende in Realschule plus umzuwandeln, wird jetzt vereinbart, neue Gemeinschaftsschulen und auch einige gymnasiale Oberstufen an Gemeinschaftsschulen zu genehmigen.

Die nächsten Schritte

Wenn schon keine umfassende Inklusion auf einmal zu realisieren ist, dann sollte es zumindest zu folgenden Schritten kommen, mit denen die Leistung der Zuwanderer verbessert, ihre Abschlüsse angehoben und die soziale Integration zwischen Zuwanderer und Einheimischen befördert werden kann:

Primarstufe

- Um die Zahl der Zuwanderer und Einheimischen ohne Hauptschulabschluss deutlich zu verringern und ihre soziale Integration zu fördern, sollten vor allem die Förderschulen auslaufen, von ihnen stammen mehr als die Hälfte alle Jugendlichen ohne Abschluss.
- In der Grundschule sollte das Sitzenbleiben deutlich reduziert werden, das würde der 2, aber auch der 1. Generation der Migrantinnen deutlich helfen.
- Um zu vermeiden, dass Eltern die zuständige Grundschule wegen ihrer sozialen und ethnischen Zusammensetzung umgehen, sollte an Schuleinzugsbereichen festgehalten, und wo schon aufgehoben, wiederingeführt werden. Ansonsten sollten intensive Schulentwicklungsmaßnahmen für Brennpunktschulen und failing schools wie in den Stadtstaaten – auch für weiterführende Schulen -vorgesehen werden.

Sekundarstufe I

- Um die Integration zu fördern, den Leistungsstand zu heben und die Quote qualifizierter Abschlüsse zu steigern, sollten in den Bundesländern, die Erfahrung mit Schulen des

gemeinsamen Lernens haben, alle Schulen - vom Gymnasium abgesehen - zugunsten von Schulen des gemeinsamen Lernens auslaufen. Dies ist umsetzbar, wie das 6 Bundesländer ohne nennenswerten Widerstand erfolgreich umgesetzt haben. In den übrigen Bundesländern mit nur geringer Gemeinschaftsschul-Erfahrung sollten- wie in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen - Schulen und Schulträger die Umwandlung ihrer Schulen in Gemeinschaftsschulen beschließen können, ohne weitere Schulformen anbieten zu müssen. Mit der Errichtung von Gemeinschaftsschulen werden voraussichtlich nicht nur mehr Einheimische, sondern auch Migranten verstärkt den Hauptschulabschluss sowie den Mittlere Schulabschluss erreichen.

- Da die schulische Berufsausbildung als Alternative zur dualen Berufsausbildung fast ausschließlich einen Mittlere Schulabschluss voraussetzt, sollte es das Ziel sein, möglichst alle Jugendlichen – auch die Zuwanderer – zu diesem Abschluss zu führen. In allen Schulen der Sekundarstufe I sollte es nur noch einen auf die Hochschulreife ausgelegten Bildungsgang und nur noch einen einheitlichen Mittleren Schulabschluss geben. Dazu sollten in den Schulen des gemeinsamen Lernens die Leistungsklassen und die Fachleistungskurse entfallen. Bei der Differenzierung geht bisher Schleswig-Holstein am weitesten, das die generelle Binnendifferenzierung bevorzugt, während die Stadtstaaten, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen den Schulen freistellen, ob sie eine Binnen- oder äußere Differenzierung vorsehen.
- Zu einem einheitlichen Mittleren Schulabschluss gehört auch eine gemeinsame Schulzeit. Wie in 6 Bundesländern eingeführt, sollte das 10 Schuljahr in allen Ländern verpflichtend werden.
- Darüber hinaus sollte die Ausgangsphase flexibilisiert werden. Statt z.B. Jugendlichen einen Schulwechsel in eine zweijährige Berufsfachschule zuzumuten, um dort den Mittleren Schulabschluss zu erhalten, scheint eine Verlängerung der Schulzeit zum Erwerb eines qualifizierteren Abschlusses humaner und erfolgreicher zu sein.
- Die Gymnasien sollten nicht aus der Verantwortung entlassen werden, auch zur ethnischen Integration beizutragen - gerade für ihre einheimischen Schülerinnen und Schüler ist ihre Integration in eine Einwanderungsgesellschaft von besonderer Bedeutung. Sprachlernklassen sollten auch an Gymnasien eingerichtet werden, die Jugendlichen sollten so schnell wie möglich anschließend in den normalen Unterricht integriert werden. Zugleich sollte jedem Gymnasium auferlegt werden, zumindest eine zugewanderte ethnische Minderheit innerhalb ihrer Schule zu fördern und zu allen Abschlüssen zu führen.
- Den Schulen sollten personelle und sächliche Ressourcen differenziert je nach ihren Herausforderungen zugeteilt werden.
- Privilegierung sozial, ethnisch und sonderpädagogisch belasteter Schulen mit Ressourcen – auch Grundschule

Sekundarstufe II

- Um eine qualifizierte Berufsausbildung für Migranten sicherzustellen, sollte das Hamburger Konzept „Kein Abschluss ohne Anschluss“ generell eingeführt werden. Schulabgänger ohne Ausbildungsvertrag sollten eine Ausbildung bei einem Träger bzw. einer Berufsschule erhalten. Diese sollten die Jugendlichen dann – sofern kein Betrieb ihre weitere Ausbildung übernimmt – zu einem Kammerabschluss führen.
- Bei der schulischen Berufsausbildung sollte der Numerus Clausus aufgehoben und bei den nichtärztlichen Gesundheitsberufen die Schulgeld- und Lernmittelfreiheit eingeführt werden.

Geprüft werden sollte, die schulische Berufsausbildung nicht mehr vom Mittleren Schulabschluss abhängig zu machen. Vielmehr sollte allen Schulabgänger die Chance gegeben zu werden, in den neuen Lebensabschnitt einer Berufsausbildung neu zu starten. Der prognostische Wert eines Abschlusszeugnisses eine allgemeinbildende Schule für eine Berufsausbildung dürfte fraglich sein. Empirische Überprüfungen über den Prognosewert der Abschlüsse wären mehr als wünschenswert.

- Auch der Übergang von Nicht-Gymnasiasten auf die gymnasiale Oberstufe sollte liberalisiert werden. Die Realisierung des Hamburger Konzepts sowie der Ausbau der schulischen Berufsausbildung reichen nicht aus, um allen Jugendlichen einen qualifizierten Abschluss der Sekundarstufe II zu sichern. Auch die gymnasiale Oberstufe sollte geöffnet werden. Nicht mehr ein qualifizierter, sondern jeglicher Mittlere Schulabschluss sollte als Zugangsbedingung ausreichen. Denn auch hier stellt sich die Frage, welchen Voraussagewert ein qualifizierter Abschluss der Sekundarstufe I über eine anders arbeitende gymnasiale Oberstufe besitzt. Die TOSCA-Studie belegt, dass zwar der Leistungsstand der vorwiegend mit Mittleren Schulabschluss kommenden Jugendlichen an Beruflichen Gymnasien durchschnittlich niedriger liegt, nicht aber der Leistungszuwachs. Sie zeigt vor allem, dass die Abgänger der beruflichen Gymnasien den Abgängern der allgemeinen Gymnasien in der Studierfähigkeit überlegen sind (Köhler). Wenn die Abgänger der beruflichen Gymnasien den allgemein gebildeten Gymnasiasten überlegen sind, sind die Übergangskriterien auf das berufliche Gymnasium nicht gerecht, sondern zu hart.

Schluss

Die Zugewanderten sind in Deutschland im Vergleich zum Ausland bei der Leistung und den Abschlüssen extrem stark diskriminiert. Gleich hart ist die Benachteiligung bei der dualen Berufsausbildung. Erschreckend ist, dass selbst die schulische soziale Integration bei der internationalen Gegenüberstellung erheblich schwächer ausfällt – und zwar keinesfalls nur die Integration der Migranten, sondern auch der Einheimischen gegenüber den Migranten.

Die durchgängige Hauptursache der Diskriminierung wie der Desintegration ist das deutsche schulische Hierarchiesystem sowie das weitgehende Ausbildungs-Monopol der dualen Berufsausbildung.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen ersetzen nicht das Hierarchiesystem durch die unabweisbar erforderliche gemeinsame Schule für alle, aber mit den genannten Schritten kommen wir auch in Deutschland der gemeinsamen Schule für alle näher.

Literaturverzeichnis

- J. Aumüller, Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen: bestehende Praxisansätze und weiterführende Empfehlungen, Bertelsmann-Stiftung Gütersloh 2016.
- V. Eberhard, Der Übergang von der Schule in die Berufsausbildung, Bertelsmann, Bielefeld 2012
- ICSR (The International Centre for the Study of Radicalisation and Political Violence) zitiert nach P-A Krüger, Der "Islamische Staat" wird global, SZ 16.11.15.
- G. Fincke; Lange, S. (2013), Segregation an deutschen Schulen. Ausmaß, Folgen und Handlungsempfehlungen für bessere Bildungschancen. (Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für die Integration und Migration). Berlin: SVR GmbH. <http://www.svr->

migration.de/content/wp-content/uploads/2013/07/SVR-FB_Studie-Bildungssegregation_Web.pdf.

- Th. Groos, Gleich und gleich gesellt sich gern, Bertelsmann-Stiftung, Gütersloh 2015.
- K. Klemm, Klassenwiederholungen – teuer und unwirksam. Eine Studie zu den Ausgaben für Klassenwiederholungen in Deutschland, Bertelsmann, Gütersloh 2009.
- O. Köhler u.a., Wege zur Hochschulreife in Baden-Württemberg, Leske und Budrich, Opladen 2004.
- J. Lohmann, Die Konkurrenz zerstört die Grundschule. 2013. <http://ggg-bund.de/index.php/publikationen/ggg-forum>
- J. Lohmann, Verantwortlich für die massive soziale Ungleichheit in Deutschland ist das vertikale Schulsystem. 2014. <http://ggg-bund.de/index.php/publikationen/ggg-forum>.
- OECD, Bildung auf einen Blick 2015, Bertelsmann Bielefeld 2015.
- OECD, Reviews of Migrant Education Closing the Gap for Immigrant Students. POLICIES, PRACTICE AND PERFORMANCE, OECD 2010.
- OECD, Indicators of Immigrant Integration 2015. Settling In. OECD 2015.
- Tietze, W./Rossbach, H.G.: Sitzenbleiben. In: Rost, D.H. (Hrsg.): Handwörterbuch Pädagogische Psychologie. Weinheim 1998, S. 465-469.